

**Beschlussbuch**  
**Außerordentliche**  
**Mitgliederversammlung**  
**Jusos Münster**  
**14.08.2021**



## **Inhalt**

A1 Von heute auf morgen auf der Straße?! – Frauen* in Wohnungsnot-----	1
A2 Solidarität mit Sinti*zze und Rom*nja -- Antiziganismus bekämpfen!-----	4
A3 Jungsozialistische Politik für dich und mich - Konzept für Vielfalt und Teilhabe bei den Jusos Münster-----	11
A4 Powerhäuser? Nicht mit uns! – Für dezentralen, bedarfsgerechten Gewaltschutz für Frauen* -----	16
A5 Wohnraum für alle – Eine jungsozialistische Antwort auf Wohnraumknappheit	21
A6 Eine Frage der Notwendigkeit - Für eine feministische Außenpolitik! -----	25
A7 10 Jahre Selbstenttarnung des NSU -- immernoch alle Fragen offen-----	30
A8 Die psychische Gesundheit muss politisch werden -----	36

# 1 **A1 Von heute auf morgen auf der Straße?! – Frauen\* in**

## 2 **Wohnungsnot**

3  
4 *„In Deutschland muss niemand auf der Straße leben. Die sind doch selbst schuld an ihrer Situation.“*

5 Diese oder ähnliche Aussagen hört man des Öfteren, wenn Passant\*innen an bettelnden Menschen  
6 vorbeigehen. Dass das so schon lange nicht zutrifft, zeigen auch die steigenden Zahlen von  
7 Wohnungslosen in den Statistiken. Längst handelt es sich nicht mehr um den\*die Alkoholiker\*in,  
8 der\*die am Hauptbahnhof auf der Bank sitzt und bettelt. Steigende Mietpreise,  
9 Abhängigkeitsverhältnisse in Partnerschaften, Jobverlust und Krankheit gehören zu den vielfältigen  
10 Gründen, warum Menschen in Wohnungslosigkeit geraten. Immer mehr Menschen aus der  
11 Mittelschicht sind betroffen und dort vor allem Frauen\*.

12 Etwa ein Drittel der wohnungslosen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind Frauen\*. Auch wenn  
13 ältere Frauen\*, aufgrund von zu geringen Renten, nach wie vor den Großteil ausmachen, steigt auch  
14 die Anzahl der unter 30-Jährigen immer mehr. Seit 2013 ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen,  
15 dennoch ist die Zahlenlage, wegen fehlender Statistiken, undurchsichtig. Hinzu kommt nämlich,  
16 dass Frauen\* häufig versuchen ihre Lage zu verstecken. Die Dunkelziffer wohnungsloser Frauen\* ist  
17 demnach sehr hoch.

18

### 19 **Die besondere Lage von Frauen\***

20 Man unterscheidet drei Gruppen von wohnungslosen Frauen\*: Die manifest wohnungslosen  
21 Frauen\*, die umgangssprachlich „Platte machen“. Also sich meist in Gruppen an, in der Stadt  
22 bekannten, Orten wie Bahnhofsvorplätzen, Parks und ähnlichem aufhalten. Die verdeckt  
23 wohnungslosen Frauen\*, die nach privaten Lösungen im Freund\*innen- und Familienkreis suchen.  
24 Und die latent wohnungslosen Frauen\*, die in einer Partnerschaft ohne Mietvertrag wohnen. Bei  
25 der letzten Gruppe ist besonders das hierarchische Verhältnis und die damit verbundene  
26 Abhängigkeit zu problematisieren. Im Zuge des coronabedingten Lockdowns haben die Fälle von  
27 häuslicher Gewalt gegenüber Frauen\* zugenommen. Die Kapazitäten der Frauenhäuser wurden  
28 überschritten, es gibt kaum noch Plätze in Notunterkünften und Einrichtungen dieser Art.

29 Diese Art der Wohnungslosigkeit und die damit verbundenen Frauen\* wurden lange Zeit nicht  
30 wirklich wahrgenommen. Frauen\* bleiben unsichtbar, denn das Stadtbild prägen die wohnungslos  
31 sichtbaren Männer. Frauen\* sind dennoch oder besonders deswegen, weil sie unter dem Radar der  
32 Behörden fallen, mehr gefährdet.

33 Dafür gibt es verschiedene Gründe. Frauen\* gehen aufgrund ihrer Sozialisierung sehr hart mit sich  
34 ins Gericht. Aus Scham sprechen sie nicht mit Freund\*innen und Familie über ihre Probleme und  
35 scheuen vor Hilfen vom Staat zurück. Psycholog\*innen sprechen in diesem Zusammenhang auch

36 vom „Zufriedenheits-Paradoxon“. Eine Frau\* nimmt ihre prekäre Situation als nicht so schlimm  
37 wahr. Sie steckt zurück, erträgt ihre Situation und argumentiert, dass es andere noch schlimmer  
38 haben und dass es schon irgendwie zu schaffen sei. Dabei sind häufige Gründe für  
39 Wohnungslosigkeit bei Frauen\* ausweglose Probleme wie (sexualisierte) Gewalt in Familie oder  
40 Partner\*innenschaft oder Scheidung oder Tod des Partners und damit verbundene finanzielle  
41 Probleme. Auch geraten Frauen\* durch schlechte Bezahlung im Job in Armut, denn meist sind es  
42 Berufe, die häufig von weiblich gelesenen Menschen ausgeübt werden, die schlecht bezahlt sind.  
43 Frauen\* sind außerdem häufig diejenigen, die für die Kinder ihren beruflichen Werdegang  
44 hintenangestellt haben und dann nichts mehr finden, anhaltende Arbeitslosigkeit kann dann zum  
45 Wohnungsverlust führen. Der zuvor bereits angesprochene Mangel an Unterstützungsangeboten  
46 (z.B. Frauen\*häuser) führt zu einer unüberschaubaren Situation, in der Frauen\* sich kreative  
47 Möglichkeiten des Weiterlebens überlegen: von der Übernachtung in der Kneipe, wo sie nebenbei  
48 jobben bis zum Duschen im Hallenbad oder stundenlangen Spazieren in der Nacht durch die Stadt.  
49 Dabei geht vor allem auf der Straße eine größere Gefahr von (sexuellen) Übergriffen aus. Auch  
50 Angebote sich für eine Übernachtung zu prostituieren, gehören zur Lebensrealität wohnungsloser  
51 Frauen\*. Natürlich gibt es bereits einige Orte, an denen wohnungslose Menschen unterkommen  
52 können, Frauen\* machen in diesen meist Geschlechter gemischten Unterkünften jedoch häufig  
53 Gewalterfahrungen.

54 Im Rahmen der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ hat die aktuelle Landesregierung zwar im  
55 Vergleich zu den Vorjahren mehr Geld in verschiedene Projekte der Wohnungslosenhilfe gesteckt,  
56 aber die Perspektive der Frauen\* blieb hier außen vor. Dabei ist es so wichtig, dass die Leitlinien  
57 der Wohnungslosenpolitik besonders dahingehend überarbeitet werden. Wir brauchen spezifische  
58 Angebote zur Vernetzung von wohnungslosen Frauen\*, abschließbare Schutzräume und Strategien  
59 zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit.

60

#### 61 **Deshalb fordern wir:**

- 62 • Förderung von Sozialwohnungen.
- 63 • Ausbau des niedrighwelligen, psychologischen Beratungsangebotes und  
64 Präventionsmaßnahmen.
- 65 • Gender- und familiengerechte Überarbeitung der Leitlinien der Wohnungslosenpolitik.
- 66 • Ein gesamtpolitisches Konzept zur Vermeidung von Wohnungsverlust bei Frauen\* mit und  
67 ohne Kinder (z.B. Haushalte, in denen Kinder vorhanden sind, dürfen nicht geräumt werden).
- 68 • Einrichtungen mit Sofortaufnahme für wohnungslose Frauen\* mit Kindern.
- 69 • Finanzierung und Absicherung von frauen\*spezifischen Einrichtungen.

- 70 • Ausreichende Platzkapazität mit qualifiziertem Personal (Personalaufstockung) in  
71 frauen\*spezifischen Wohnheimen.
- 72 • Geschlechter differenzierte Angebote für Wohnungslose (z.B. Frauen\*treffs und  
73 Schutzräume für Frauen\*)
- 74 • Eine geschlechtsspezifische Statistik über die Inanspruchnahme der Hilfseinrichtungen für  
75 Wohnungslose.
- 76 • Aufstellen von Sanitär-Hygiene-Containern, die abschließbare Waschräume und kostenfreie  
77 Menstruationsartikel für Frauen\* beinhalten.
- 78 • Strategien für die Bewältigung des Übergangs aus „versteckter“ Wohnungslosigkeit. (z.B.  
79 Werbekampagnen (Flyer, Plakate, Videos etc.) von und auf Behörden, um Frauen\* für ihre  
80 prekäre Situation zu sensibilisieren und auf Hilfsangebote zu verweisen.)

## 81 **A2 Solidarität mit Sinti\*zze und Rom\*nja -- Antiziganismus** 82 **bekämpfen!**

83

### 84 **Einleitung**

85

86 Am 19. Februar 2020 erschoss ein Rechtstextremist neun Menschen in Hanau aus rassistischen  
87 Motiven. Der mediale Aufschrei war groß und viele Menschen positionierten sich gegen Rassismus.  
88 Was in der medialen Berichterstattung allerdings unterging war, dass drei der neun Opfer, Vili Viorel  
89 Păun, Kaloyan Velkov und Mercedes Kierpacz, Rom\*nja waren<sup>1</sup>. Sint\*zze und Rom\*nja kommen in  
90 der medialen Bearbeitung von Themen wie Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung kaum vor,  
91 obwohl sie davon sehr betroffen sind. Geht es wiederum um Integrationsprobleme oder  
92 Armutsmigration wird schnell mit dem Finger auf Sinti\*zze und Rom\*nja gezeigt. Dies sind  
93 Auswirkungen von Antiziganismus.

94

95 Von Antiziganismus betroffen sind überwiegend Sinti\*zze und Rom\*nja, aber auch andere Gruppen.  
96 Meist werden die Betroffenen einen rassistischen Sammelbegriff stigmatisiert.

97 Die Geschichte der Sinti\*zze und Rom\*nja ist schon seit Jahrhunderten durch Diskriminierung  
98 geprägt. Die Sprache der Sinti\*zze und Rom\*nja, das Romanes, ist mit dem indischen Sanskrit  
99 verwandt. Die Wurzeln der Sinti\*zze und Rom\*nja liegen also vermutlich im heutigen Indien und  
100 Pakistan. Seit dem 8. Jahrhundert migrierten die Sinti\*zze und Rom\*nja nach Europa und später  
101 auch nach Amerika. Gründe für diese Migration waren vor allem Krieg, Verfolgung, Vertreibung und  
102 wirtschaftliche Not.

103 Die Kultur der Sinti\*zze und Rom\*nja ist durch das Bewusstsein der jahrhundertelangen  
104 Diskriminierung geprägt. Wissenschaftliche Ansätze, die sich mit der heterogenen Kultur der  
105 Sinti\*zze und Rom\*nja auseinandersetzen sind meist durch rassistische Voreingenommenheit  
106 geprägt. So wurden Versuche die mündliche Sprache Romanes zu verschriftlichen meistens ohne  
107 den Einbezug von Sinti\*zze und Rom\*nja unternommen.

108 Schätzungen zufolge leben derzeit 8 bis 12 Millionen Sinti\*zze und Rom\*nja in Europa, davon 70  
109 000 bis 150 000 in Deutschland.

110

111 Der Begriff "Antiziganismus" bezeichnet die strukturelle Diskriminierung von Sinti\*zze und Rom\*nja,  
112 Jenischen und anderen Gruppen, die in allen Bereichen der Gesellschaft stigmatisiert werden. Die  
113 Bezeichnung wird seit den Achtzigerjahren als Analogie zum "Antisemitismus"-Begriff verwendet.  
114 Antiziganismus umfasst die homogenisierende Wahrnehmung und Darstellung der betroffenen  
115 Gruppen, die Zuschreibung spezifischer Eigenschaften an diese und die Entstehung

---

<sup>1</sup> vgl. Hammel, Ina. Der Anschlag von Hanau und seine Folgen. 2021. Im Internet:  
<https://zentralrat.sintiundroma.de/der-anschlag-von-hanau-und-seine-folgen/>

116 diskriminierender sozialer Strukturen und Gewalt. Die geläufigste Fremdbezeichnung stammt  
117 mutmaßlich vom altgriechischen “Anthiganoi”, was “die Unberührbaren” bedeutet. Über  
118 Jahrhunderte hinweg verwendet stellte es stets ein abschätziges, rassistisches Wort der  
119 Mehrheitsgesellschaft gegenüber Sinti\*zze und Rom\*nja sowie weiterer Gruppen dar und trug  
120 deren Diskriminierung in die Sprache und damit in die Wirklichkeit. Als antirassistischer Verband  
121 stehen wir konsequent für die Nichtverwendung des Z-Worts und die Aufklärung dessen  
122 Hintergrundes ein.

123 Die Grundpfeiler unseres Verbandes, namentlich Antidiskriminierung, Inklusivität und Toleranz  
124 sowie Antifaschismus verpflichten uns, das Thema “Antiziganismus” auch verbandsintern  
125 aufzuarbeiten. Wir stellen uns konsequent gegen antiziganistische Positionen und Aussagen und  
126 setzen uns zum Ziel, durch eine offene Behandlung dieses Themas auch in unseren eigenen Reihen  
127 für mehr Sichtbarkeit der Betroffenen zu sorgen und einen gesellschaftlichen Diskurs, vor allem aber  
128 auch eine Sensibilisierung bezüglich der anhaltenden Diskriminierung zu fördern.

129

### 130 **Verbreitetste Diskriminierungsform in Europa und am wenigsten bekannt**

131

132 Antiziganismus hat in Europa eine lange Tradition und dessen gängigen Vorurteile als Bettler\*innen,  
133 Kinderräuber\*innen oder Betrüger\*innen reichen bis Mitte des 17. Jahrhunderts. Mit dem  
134 Entstehen der ersten Nationalstaaten in Europa nahm die Diskriminierung deutlich zu, da den  
135 jungen Nationen die in Europa teilweise nomadisch lebenden Romvölker als Negativbeispiel  
136 dienten. Im Nationalsozialismus erreichte die antiziganistische Diskriminierung ihren beispiellosen  
137 Höhepunkt und mündete in einer systematischen Verfolgung und der Ermordung einer halben  
138 Millionen Rom\*nja und Sinti\*zze in deutschen Vernichtungslagern.

139 Auch heute werden Angehörige der Rom\*nja und Sinti\*zze in vielen gesellschaftlichen Bereichen  
140 und in der Job- oder Wohnungssuche diskriminiert oder sind aufgrund ihrer ethnischen Herkunft  
141 Beleidigungen oder körperlichen Angriffen ausgesetzt. Im europäischen Vergleich erfahren laut  
142 einer Studie, die explizit Antiziganismus in Bezug auf Rom\*nja untersucht hat, diese meist die  
143 höchste ablehnende Haltung in der Bevölkerung. In Italien haben 83% eine ablehnende Haltung  
144 gegenüber Rom\*nja und im Vergleich hierzu 55% gegenüber Muslim\*innen und 15% gegenüber  
145 Jüd\*innen. In Bulgarien haben 68% eine ablehnende Haltung gegenüber Rom\*nja, im Vergleich dazu  
146 21% gegenüber Muslim\*innen und 19% gegenüber Jüd\*innen.[1] Dies soll keine Gewichtung oder  
147 Abwägen zwischen den Diskriminierungsformen sein, aber soll mit dem Vorurteil aufräumen, dass  
148 antiziganistischer Rassismus ein ausschließliches osteuropäisches Phänomen sei - er ist ein  
149 gesamteuropäisches Problem. In mindestens zehn europäischen Ländern hat mehr als die Hälfte der  
150 Bevölkerung eine schlechte Meinung über Rom\*nja.

151 Pogrome und antiziganistische Übergriffe sind auch heute in vielen europäischen Ländern Alltag. Im  
152 Mai 2008 sorgte ein Gerücht über „Kinderdiebstahl“ der Rom\*nja in Neapel für ein Pogrom, bei  
153 denen ein Rom\*nja-Lager komplett niedergebrannt wurde. In der Vergangenheit formierten sich

154 beispielsweise in Ungarn oder in Slowenien „Bürgerwehren“, mit dem Ziel Rom\*nja aus ihren  
155 Gemeinden und Ländern zu vertreiben. Auch zu Beginn Corona-Krise sind viele Sinti\*zze und  
156 Rom\*nja einer besonderen Stigmatisierung ausgesetzt gewesen, denn diese wurden oft für die  
157 Corona-Pandemie verantwortlich gemacht. Einige Länder wie die Slowakei, Rumänien oder  
158 Bulgarien haben zusätzliche Maßnahmen für Rom\*nja-Siedlungen ergriffen. Diese wurden präventiv  
159 unter Quarantäne gestellt oder polizeilich abgeriegelt. In Siedlungen in denen ohnehin kaum  
160 fließendes Wasser und keine Kanalisation existierte, sind dies ideale Bedingungen für die  
161 Ausbreitung von COVID-19.

162 Der Alltag vieler Rom\*nja in Europa ist gekennzeichnet, von deutlicher Armut, schlechten Zugang in  
163 Bildung oder/und Arbeitsmarkt. Diese teils strukturell-rassistischen Hürden bewirken einen  
164 Teufelskreis für die Betroffenen und sorgen für eine sich nicht ändernde Situation der Betroffenen.  
165 In diesem Zuge stellte die Europäische Kommission im Oktober 2020 einen neuen „Strategischen  
166 Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma (2020-2030)“ vor, um auf  
167 europäischer Ebene über politisch definierte Ziele der EU ihre Mitgliedsstaaten dazu aufzurufen,  
168 ihre „nationale Roma-Integrationsstrategien“ zu verabschieden bzw. anzupassen und bis September  
169 2021 der Europäischen Kommission vorzulegen. Dieser Rahmen definiert verschiedene  
170 quantifizierte Mindestziele in sieben Kernbereichen, welche bis 2030 verwirklicht werden sollen.  
171 Diese umfassen u.a. die Bekämpfung und Prävention von Antiziganismus und Diskriminierung, die  
172 Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, um die sozioökonomische Lücke zwischen Rom\*nja und  
173 der übrigen Bevölkerung zu schließen, die Erhöhung des effektiven gleichberechtigten Zugangs zu  
174 qualitativ hochwertiger, allgemeiner Bildung oder der Erhöhung des effektiven gleichberechtigten  
175 Zugangs zu adäquaten, nicht-segregierten Wohnungen und grundlegenden Diensten. Im Zuge  
176 dessen ist es zu begrüßen, dass auf europäischer Ebene zumindest quantifizierbare Ziele formuliert  
177 wurden, welche eine dezidierte Erfolgskontrolle ermöglichen. Ebenso ist zu begrüßen, dass der  
178 Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Antiziganismus gegen Sinti\*zze und Rom\*nja liegt und dass  
179 nicht, wie im vorherigen EU-Rahmen, die vielfach schlechte ökonomische und rechtliche Lage von  
180 Rom\*nja den von diesem Rassismus Betroffenen angelastet wird. Weiterhin bleibt zu kritisieren,  
181 dass der Rahmen keinen Gesetzescharakter trägt und die Umsetzung allein den Mitgliedstaaten  
182 überlassen ist.[2]

183 Darüber hinaus ist Antiziganismus nicht nur ein Problem der EU-Länder, sondern zeigt sich tagtäglich  
184 in vielen anderen europäischen Ländern, aus welchen viele Rom\*nja vor Diskriminierung und  
185 Verfolgung auch nach Deutschland geflohen sind, denn Antiziganismus ist nach wie vor tödlich!

---

186  
187 [1] Vgl. [https://katapult-magazin.de/de/artikel/jeder-zweite-zeitungsartikel-ueber-sinti-und-roma-](https://katapult-magazin.de/de/artikel/jeder-zweite-zeitungsartikel-ueber-sinti-und-roma-ist-diskriminierend)  
188 [ist-diskriminierend](https://katapult-magazin.de/de/artikel/jeder-zweite-zeitungsartikel-ueber-sinti-und-roma-ist-diskriminierend)

189 [2] Vgl. Unabhängige Kommission Antiziganismus „Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit  
190 – Partizipation“, S. 562-574, 13.07.2021.

192

193 **Gedenken**

194

195 Spricht man über die Ermordung der Sinti\*zze und Rom\*nja während der NS-Herrschaft, ist oft vom  
196 “vergessenen Holocaust” die Rede. Die Bezeichnung der Sinti\*zze und Rom\*nja für den Völkermord  
197 ist Porajmos und wird daher auch in diesem Antrag verwendet. Sinti\*zze und Rom\*nja wurden von  
198 der Rassenpolitik im Nationalsozialismus diskriminiert, verfolgt und vernichtet. Die Rassenpolitik  
199 sorgte zunächst für Heiratsverbote und Zwangssterilisierungen von Sinti\*zze und Rom\*nja. Ab 1935  
200 wurden Sinti\*zze und Rom\*nja in bestimmten Stadtteilen konzentriert und somit von der  
201 Gesellschaft weiter ausgegrenzt. Darauf folgten Berufsverbote und Zwangsarbeit. Durch den  
202 “Runderlaß zur Bekämpfung der Z-Plage” 1938 gab es Vorgaben zur Erfassung von Sinti\*zze und  
203 Rom\*nja. Hinzu kam eine “Reichszentrale zur Bekämpfung des Z-unwesens”. Mit dieser gesetzlichen  
204 und institutionellen antiziganistischen Struktur wurden zahlreiche Sinti\*zze und Rom\*nja verhaftet  
205 und in Konzentrationslager gebracht. Dort erlebten sie Gewalt, Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten  
206 und Folter und wurden ermordet.

207 Nach der NS-Herrschaft erfuhren Sinti\*zze und Rom\*nja, anders als viele andere Opfergruppen,  
208 keine Wiedergutmachung. Die Argumentation war häufig, dass Sinti\*zze und Rom\*nja nicht aus  
209 rassistischen Gründen, sondern wegen ihrer vermeintlichen “Asozialität” verhaftet und deportiert  
210 wurden. Damit fielen sie lange Zeit nicht in die zur Entschädigung und Wiedergutmachung  
211 berechtigten Gruppen. Anfang der 1960er Jahre wurde dies durch eine gerichtliche Entscheidung  
212 zwar geändert, aber Anträge auf Entschädigung wurden wegen der schlechten Erfahrungen und weil  
213 nur diejenigen, die schon einmal einen Antrag auf Entschädigung gestellt hatten, überhaupt  
214 entschädigungsberechtigt waren, kaum noch gestellt. Die Opferzahlen der Porajmos liegen je nach  
215 Schätzung zwischen 100 000 und 500 000.

216

217 Dass die Porajmos in der Geschichtsschreibung und Erzählung über den Nationalsozialismus oft  
218 untergeht ist Symptom und Ursache für den heutigen Antiziganismus zugleich. Darum fordern wir  
219 eine aktive Unterstützung und den Ausbau der Erinnerungskultur. Dies soll einerseits in unserem  
220 eigenen Verband geschehen. Wenn wir über Diskriminierung reden, dann wollen wir dabei auch  
221 aktiv über Antiziganismus reden. Genauso wollen wir das Gedenken an die Opfer der Porajmos in  
222 unserer Gedenkarbeit einbinden. Der 2. August ist von dem Europäischen Parlament als Gedenktag  
223 für die Ermordung der Sinti\*zze und Rom\*nja anerkannt worden. Der historische Hintergrund ist die  
224 massenhafte Ermordung von Sinti\*zze und Rom\*nja in Auschwitz in der Nacht von dem 2. auf den  
225 3. August 1944. Auch wenn in Deutschland der 2. August inoffiziell schon als Gedenktag begangen  
226 wird fordern wir, dass auch die Bundesregierung den 2. August zum offiziellen Gedenktag macht,  
227 damit das Gedenken eine größere Sichtbarkeit erhält. Genauso fordern wir, dass die Porajmos in  
228 Politik und Medien thematisiert wird und für das Thema sensibilisiert wird. Außerdem fordern wir  
229 die Überarbeitung der Lehrpläne, sodass die Porajmos im Geschichtsunterricht behandelt wird.

230 Als Unterstützung der Erinnerungskultur wollen wir uns für Aufklärung, Gedenken, Mahnmäler und  
231 weitere mögliche Formen des Erinnerns einsetzen. Dabei sind wir solidarisch mit allen von  
232 Antiziganismus betroffenen Menschen, insbesondere mit dem Zentralrat der Sinti und Roma in  
233 Deutschland.

234

### 235 **Sensibilisierung in der Gesellschaft**

236

237 Leider spielt das Thema Antiziganismus im gesellschaftlichen Diskurs im Vergleich zu anderen  
238 Diskriminierungsformen eine nur sehr kleine Rolle und ihm wird so ein Platz im kollektiven  
239 Diskriminierungsbewusstsein verwehrt. Dies ist problematisch, da so alte Diskriminierungsmuster  
240 wissentlich und unwissentlich in allen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. in Schulen, am Arbeitsplatz,  
241 im privaten Bereich etc.) reproduziert werden.

242

243 Einen große Verantwortung für die gesellschaftliche Aufklärung tragen vor allem die Medien. Hier  
244 kommt es häufig zu einer voreingenommenen oder unvollständigen Berichterstattung. Ein Beispiel  
245 ist die bereits erwähnte Berichterstattung des Attentats von Hanau 2020, bei der die Sinti\*zze- und  
246 Rom\*nja-Zugehörigkeit einiger Opfer unterschlagen wurde. Gleichzeitig zeichnen zahlreiche Filme  
247 und Dokus ein veraltetes Bild des Lebens von Sinti\*zze und Rom\*nja, was bestehende gefährliche  
248 Stereotype bestätigt und sogar verstärkt. Solch eine mediale Repräsentation schadet den Sinti\*zze  
249 und Rom\*nja, bringt diese in Gefahr antiziganistischer Gewalt und Diskriminierung und erschwert  
250 gleichzeitig massiv den gesellschaftlichen Austausch und Zusammenhalt. Im schlimmsten Falle  
251 werden als Folge von regelmäßig reproduzieren Vorurteilen gegen Sinti\*zze und Rom\*nja diese als  
252 Gesamtgruppe unter Generalverdacht gestellt, nicht zuletzt bei der Aufklärung von Kriminalfällen.  
253 So wurden beispielsweise die Ermittlungen nach dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter  
254 2007 zunächst auf eine in der Nähe campenden Gruppe von Sinti\*zze und Rom\*nja beschränkt. Dies  
255 wurde von der Presse sehr publikumswirksam ausgeschlachtet und führte zu einer weiteren  
256 Verstärkung der Diskriminierung gegen Sinti\*zze und Rom\*nja deutschlandweit. Später stellte sich  
257 heraus, dass die Polizistin durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) ermordet worden  
258 war. Eine Entschuldigung seitens der Landesregierung gegenüber den Sinti\*zze und Rom\*nja hat es  
259 bis heute nicht gegeben.

260

261 Hinzu kommt sowohl in den Medien als auch im politischen Bereich ein häufig unsensibler Umgang  
262 mit Sprache. Das wohl aktuellste Beispiel hierfür ist eine Ausgabe der WDR Show "Die letzte Instanz",  
263 in der deutschlandweit bekannte Personen wie zum Beispiel Thomas Gottschalk über die  
264 Umbenennung einer Soße in „Soße ungarischer Art“ diskutierten und dabei nicht nur die rassistische  
265 Fremdbezeichnung verwendeten, sondern auch den Zentralrat der Sinti und Roma ins Lächerliche  
266 zogen. Dies ist ein Paradebeispiel für die Unsensibilität gegenüber der Gruppe der Sinti\*zze und

267 Rom\*nja, denn auch nach Kritik an der Sendung wurde hier vor allem über allgemeinen Rassismus  
268 gesprochen, als über die spezielle Diskriminierungsform des Antiziganismus aufzuklären.

269

270 Um negativen Stereotypen über Sinti\*zze und Rom\*nja entgegenzuwirken ist es deshalb wichtig,  
271 dass vor allem Medienschaffende und Politiker\*innen auf einen sensiblen Sprachgebrauch achten.  
272 Außerdem sollte die stereotypische Darstellung von Sinti\*zze und Rom\*nja hinterfragt und  
273 vermieden werden.

274 Neben der Politik und den Medien ist es jedoch auch wichtig, einen gesamtgesellschaftlichen  
275 Austausch zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Sinti\*zze und Rom\*nja zu ermöglichen und zu  
276 fördern. Dafür braucht es zunächst eine umfassende Kinder- und Jugendarbeit in Schulen und  
277 Vereinen, sowie die Schaffung und Erhaltung von Begegnungsstätten und Kulturzentren. Nur so  
278 kann Antiziganismus langfristig entgegengewirkt werden.

279

280 **Deshalb fordern wir:**

281

- 282 • die Formulierung qualitativer und quantitativer Ziele in den Bereichen Bildung,  
283 Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und Wohnraum sowie den Dimensionen  
284 Gleichstellung, Inklusion und Partizipation sowie Bekämpfung von Antiziganismus,  
285 insbesondere strukturellem/institutionellen Antiziganismus, auch gegen zugewanderte  
286 Sinti\*ze und Rom\*nja, auf Bundesebene.
- 287 • die Schaffung gezielter, unabhängiger Monitoring-Instrumente auf Bundesebene zur  
288 Überprüfung der formulierten Ziele
- 289 • die Umsetzung des EU-Rahmens für den Zeitraum bis 2030 auf nationaler sowie  
290 europäischer Ebene eine hohe Priorität beizumessen und auch im Austausch mit anderen  
291 EU-Staaten und den (potenziellen) Beitrittskandidaten auf die Realisierung hinzuwirken.
- 292 • die Beendigung der Abschiebungen von Sinti\*zze und Rom\*nja durch die  
293 Ausländerbehörden und Landesregierungen sowie die Anerkennung von geflüchteten  
294 Sinti\*zze und Rom\*nja als besonders schutzwürdige Gruppe.
- 295 • die Beendigung der Staatenlosigkeit von in Deutschland lebenden Sinti\*zze und Rom\*nja
- 296 • die Einrichtung und Förderung von Begegnungsstätten und Kulturzentren sowie die  
297 Unterstützung von Vereinen und Organisationen, die sich mit der Thematik Antiziganismus  
298 auseinandersetzen und zur Aufklärung beitragen
- 299 • eine intensive Kinder- und Jugendarbeit in Vereinen und Schulen
- 300 • die Sichtbarmachung sowie eine unvoreingenommene Darstellung von Sinti\*zze und  
301 Rom\*nja in den Medien, allem voran in der Berichterstattung
- 302 • die Sensibilisierung von Medien- und Politikschaffenden sowohl in sprachlichen als auch in  
303 inhaltlichen Aspekten

- 304 • den 2. August bundesweit als offiziellen Gedenktag zu etablieren
- 305 • den Einbezug und die Berücksichtigung der Porajmos in unserer erinnerungspolitischen
- 306 Arbeit
- 307 • die Förderung der Forschung zur Porajmos und damit einhergehend Anerkennung und
- 308 Entschädigung
- 309 • Förderung der Forschung zur Geschichte des Antiziganismus und zur Geschichte der
- 310 Sinti\*zze und Rom\*nja unter Einhaltung der communitybasierten Forschungsstandards
- 311 • Zusammenarbeit mit den Communitys bei der Sammlung und Präsentation der Kunst der
- 312 Sinti\*zze und Rom\*nja
- 313 • aktive politische Bekämpfung von Antiziganismus auf Basis der Handlungsempfehlungen des
- 314 Berichts der Unabhängigen Kommission Antiziganismus vom Innenministerium

### 315 **A3 Jungsozialistische Politik für dich und mich - Konzept für** 316 **Vielfalt und Teilhabe bei den Jusos Münster**

317  
318

319 Wir Jusos verstehen uns als ein Verband, der nicht nur mit politischen Diskussionen und  
320 Forderungen in die Gesellschaft wirken möchte, sondern auch (politische) Teilhabe für junge  
321 Menschen ermöglicht. Fest glauben wir an den Grundsatz, dass alle, die zu unserer Gesellschaft dazu  
322 gehören innerhalb dieser auch mitbestimmen sollen. Aber unterschiedliche Startbedingungen  
323 führen noch immer dazu, dass gesellschaftliche und politische Teilhabe nicht für alle Menschen  
324 gleich einfach zugänglich erscheint. Wenn wir diese Ungerechtigkeit kritisieren, wollen wir selbst als  
325 gutes Beispiel vorangehen und haben deshalb im vergangenen halben Jahr innerhalb eines  
326 Arbeitskreises verschiedene Forderungen entwickelt, die die Vielfalt unseres Verbandes stärken  
327 sollen.

328 Grundlage dieser Überlegungen waren zunächst Diskussionen über unsere theoretische Verortung  
329 innerhalb des intersektionalen Ansatzes. In einem weiteren Schritt diskutierten wir dann unsere  
330 inhaltliche Arbeit, unsere Neumitglieder- und Öffentlichkeitsarbeit, wie auch unsere Strukturen.  
331 Gemeinsam wollen wir alles daran setzen politische Teilhabe für *alle* zu eröffnen. Der vorliegende  
332 Antrag versteht sich insofern als Aufschlag diesem Anspruch gerecht zu werden.

333 Spannungsfelder einen und nutzen

334 Mit dem Begriff "Intersektionalität" wird eine theoretische Überlegung gemeint, die erstmalig von  
335 der Juristin Kimberlé Crenshaw beschrieben wurde. Ihr fiel auf, dass schwarze Frauen\* anders  
336 diskriminiert werden als weiße Frauen\* oder schwarze Männer. Sie benannte die  
337 Diskriminierungsrealität von Millionen von Menschen erstmalig als Intersection, also einer  
338 Kreuzung, zwischen verschiedenen Diskriminierungen. So kann zum Beispiel eine schwarze Frau\*  
339 sowohl rassistische Diskriminierung erfahren und gleichzeitig Sexismus zu spüren bekommen. Führt  
340 man sich dieses Konzept vor Augen heißt das für den feministischen Kampf immer auch das  
341 Mitdenken von nicht-weißen Personen, wie auch das Berücksichtigen von queeren Menschen oder  
342 verschiedenen sozio-ökonomischen Hintergründen. Für den Antirassistischen Kampf bedeutet der  
343 intersektionale Ansatz insofern beispielhaft etwa die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer  
344 Diskriminierung, wie auch die von behinderten People of Colour.

345 Übertragen wir die Erkenntnisse des intersektionalen Ansatzes also auf unsere Jusoarbeit muss klar  
346 sein, dass verschiedenste Diskriminierungsformen unter dem Überbegriff der Intersektionalität für  
347 uns relevant sind: Ob Sexismus, LGBTQIA+ Feindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus,  
348 oder Klassismus; wir Jusos wollen uns steht bemühen vielseitige Diskriminierungsformen  
349 mitzubedenken. Dabei erheben wir selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit einer  
350 irgendwie gearteten Listung von Diskriminierungen. Auch addieren wir nicht einzelne  
351 Diskriminierungsformen miteinander, sondern führen sie alle auf ihren Ursprung zurück: der

352 kapitalistischen Verwertungslogik. Innerhalb des Spannungsfeldes zwischen Identitätspolitik und  
353 dem Materialismus bekennen wir Jusos uns zu beidem!

354 Das bedeutet, dass für uns die Arbeit für Vielfalt innerhalb der eigenen Strukturen wie auch der  
355 Gesellschaft keine Aufgabe ist, die wir Betroffenen alleine überlassen wollen. Wir definieren einen  
356 Unterschied zwischen notwendigem Empowerment und der Übertragung sämtlicher inhaltlicher,  
357 wie auch struktureller Verantwortung auf Betroffene. Wir verstehen jungsozialistische Solidarität  
358 als das Einstehen und das Ermutigen untereinander. Unseren Kampf führen wir immer gemeinsam!  
359 Wir alle müssen uns verantwortlich fühlen und laut gegen jede Diskriminierung werden. Dies wird  
360 nicht nur unserem Anspruch als sozialistischem Verband gerecht, sondern soll auch all jene von  
361 Diskriminierung betroffenen schützen, die sich selbst nicht aus ihrer Perspektive äußern können  
362 oder wollen. Denn auch nicht sichtbare Eigenschaften einer Person (wie etwa eine nicht sofort  
363 ersichtliche Behinderung oder auch die sexuelle Orientierung) können Diskriminierung nach sich  
364 ziehen und nicht alle Betroffenen verstehen den Kampf gegen ihre ganz spezifisch erlebte  
365 Diskriminierung als ihr politisches Herzensthema oder wollen eine bestehende Diskriminierung  
366 öffentlich machen. Auch mit diesen Betroffenen sind wir solidarisch!

367 Unsere Arbeit folgt insofern dem pragmatischen Ansatz konkrete Verbesserungen zu erreichen, die  
368 Hürden innerhalb unserer Strukturen zu identifizieren und so Partizipation für *alle* zu ermöglichen.

369

#### 370 **Unsere inhaltliche Arbeit**

371 Unsere Arbeit vor Ort lebt von unseren politischen Diskussion und Aktionen. Dank unserer PoliTisch  
372 Struktur können alle Mitglieder aktiv auf die Themengebungen einwirken. Mithilfe der fünf  
373 verschiedenen Schwerpunktsetzungen der PoliTisch-Teams, schaffen wir es jede Woche aus einem  
374 breiten Fundus an politisch relevanten Fragestellungen und Problemen zu schöpfen. Darüber hinaus  
375 ergänzen unsere Tages- und Wochenendseminare unsere inhaltliche Positionierung. Bei einer jeden  
376 Mitgliederversammlung steht es außerdem jedem Mitglied offen eigene Anträge einzubringen und  
377 zur Abstimmung zu stellen und bei unserer ordentlichen MV können Ergänzungen am  
378 Arbeitsprogramm vorgenommen werden. Als Arbeitskreis haben wir uns vor allem Gedanken  
379 darüber gemacht, wie die verschiedensten Teilnahmeformate für all unsere Mitglieder möglichst  
380 transparent gestaltet werden können.

381 Wir wollen deshalb:

382

- 383 • Dafür sorgen, dass sich alle Mitglieder in der Lage sehen am Arbeitsprogramm und mit Hilfe  
384 eigener Anträge unsere inhaltliche Arbeit mitzugestalten. Wir halten deshalb an unserem  
385 2019 zuerst etablierten Programm der Antragsschule fest. Bei ihr sollen Teilnehmende sowohl  
386 das Verfassen eigener Anträge, als auch das Einbringen von Änderungsanträgen, wie auch die  
387 Mitgestaltung beim Arbeitsprogramm, erlernen können.
- 388 • In unserem Newsletter und auf unseren Veranstaltungen wollen wir frühzeitig auf eine  
389 anstehende Mitgliederversammlung hinweisen und niedrigschwellige Angebote für

390 Unterstützungmaßnahmen bieten, die es Mitgliedern erleichtern Anträge zu verfassen. Eine  
391 direkte Ansprache an die Mitglieder, welche Themenwünsche bestehen, soll vor ordentlichen  
392 Mitgliederversammlungen auf dem Politisch Organisatorisches stattfinden, damit diese  
393 Eingang in die inhaltliche Arbeit finden können.

394 • Auch Neumitglieder dazu befähigen an unserer inhaltlichen Arbeit teilzuhaben. Deshalb soll  
395 bei unseren Neumitgliederveranstaltungen transparent gemacht werden, welche Wege für  
396 eine Beteiligung möglich sind. Der\*die Neumitgliederbeauftragte entwickelt dafür einen  
397 Handout, der jährlich evaluiert und angepasst wird.

398 • Für einen besseren Überblick die in der jüngeren Vergangenheit bespielten Themen auflisten.  
399 So kann besser identifiziert werden, wo noch Lücken zu beklagen sind. Der Vorstand stellt die  
400 Themenliste auf; sie kann mit dem Bericht am Ende eines jeden Vorstandsjahres den  
401 Mitgliedern transparent zur Verfügung gestellt werden.

402

403 Neben der Themensetzung spielt für unsere inhaltliche Arbeit auch eine Rolle, wen wir als  
404 Expert\*innen zu unseren Veranstaltungen einladen. In unserem feministischen  
405 Neumitgliederkonzept haben wir festgeschrieben, dass unsere Gäste quotiert ausgewählt werden  
406 müssen. Zusätzlich wollen wir:

407

408 • Darauf achten, dass unsere eingeladenen Gäste Diversität repräsentieren. Ein Kriterium kann  
409 etwa sein darauf zu achten, dass auch BiPoC Gäste vertreten sind und dass nicht nur  
410 Expert\*innen aus dem akademischen Bereich eingeladen werden.

411 • Daran festhalten auch bei unseren Politischen die Vernetzung zu Gruppen und Initiativen zu  
412 suchen, die außerhalb unserer eigenen Bubble arbeiten. Sofern möglich, wollen wir auch  
413 vermehrt Besuche bei solchen Gruppen und Initiativen abhalten und sie nicht nur zu uns  
414 einladen.

415

#### 416 **Unsere Neumitgliederarbeit**

417 Für Vielfältige Strukturen braucht es eine diverse Basis und um diese zu bilden, muss die  
418 Neumitgliederarbeit gelingen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir Interessierte und  
419 Neumitglieder aktiv willkommen heißen und transparent vermitteln, welche unserer Angebote  
420 speziell für sie und dafür da sind, sie zu empowern und das Wissen an die Hand zu geben, dass sie  
421 benötigen um sich in unseren Strukturen einzubringen.

422 Klar ist, dass die Neumitgliederarbeit nicht von unseren sonstigen Themenbereichen losgelöst  
423 betrachtet werden kann und in weiten Teilen Überschneidungen mit Öffentlichkeits- und  
424 inhaltlicher Arbeit aufweist. Aus diesem Grund werden wir auch in Zukunft in diesen Bereichen eine  
425 enge Zusammenarbeit anstreben und die Synergien mit uns nahestehenden Gruppen nutzen.

426 Wir wollen:

427

- 428 • Unsere Neumitgliederarbeit methodisch vielfältiger gestalten um so mehr Personen  
429 zu erreichen. Das kann zum Beispiel heißen neben dem eher reaktiven Format von  
430 Neumitgliedertreffen eine Kampagne der direkten Ansprache zu initiieren. Ziel sollte jedoch  
431 nicht sein spezifisch Menschen aus einer bestimmten Gruppe anzusprechen, sondern die  
432 Jusos allgemein bekannter zu machen und so Interesse zu wecken bei möglichst vielen  
433 Menschen. Außerdem werden wir die Ressourcen, die sich zur Neumitgliederarbeit nutzen  
434 lassen und, die uns von höheren Verbandsebenen zur Verfügung gestellt werden, aktiv  
435 einsetzen.
- 436 • Die Neugründung einer Schüler\*innen und Auszubildenden Gruppe weiterhin anstreben und  
437 fördern.
- 438 • Aufbauend auf dem feministischen Neumitgliederkonzept die Maßnahmen, die eine  
439 angenehmere Atmosphäre sicherstellen sollen, weiter fördern und ausbauen. Auch mit Hilfe  
440 des neu etablierten anonymen Feedbackbogens wollen wir niedrigschwellige Formate  
441 schaffen, die es Mitgliedern ermöglichen übergreifige Situationen zu melden.
- 442 • Die getroffenen Maßnahmen regelmäßig evaluieren und auf die gewünschten Effekte  
443 überprüfen.
- 444

#### 445 **Unsere Öffentlichkeitsarbeit**

446 Um intern diverse Strukturen zu gewährleisten und klar zu stellen, dass wir gerade auch Menschen  
447 mit Marginalisierungserfahrung stärken, in ihrem Engagement unterstützen und ihnen eine  
448 politische Heimat bieten wollen, müssen wir eben das in unserer Außendarstellung kenntlich  
449 machen.

450 Dazu wollen wir:

- 451
- 452 • uns nahestehenden Gruppen Raum in unserer Social Media Präsenz einräumen. So  
453 können wir voneinander lernen, unsere gemeinsamen Positionen stärken und  
454 allgemein gemeinsame Synergien nutzen.
- 455 • unsere Themensetzung divers gestalten. Besondere Beachtung sollen dabei  
456 Aktionstage und -zeiträume und verschiedene, auch intersektionale, Diskriminierungsformen  
457 haben. Auf einem jeden PoliTisch Orga soll deshalb eine Abfrage erfolgen ob Mitglieder noch  
458 spezielle Themenwünsche für Social Media hegen.
- 459 • Unsere inhaltliche Arbeit transparent gestalten. Durch einen Ausblick auf die PoliTische des  
460 kommenden Monats und eine Nachbereitung dieser wird der Facettenreichtum unserer  
461 Veranstaltungen sichtbar.
- 462 • Barrieren in unseren Beiträgen so weit wie möglich abbauen. Das bedeutet zum Beispiel  
463 Alternativtexte für unsere Beiträge auf Instagram zu verfassen, so dass die Bilder auch für  
464 Menschen mit Sehbehinderung wahrnehmbar werden oder in Videobeiträgen Untertitel  
465 einzufügen.

466  
467  
468  
469  
470  
471  
472  
473  
474  
475  
476  
477  
478  
479  
480  
481  
482  
483  
484  
485  
486  
487  
488  
489  
490  
491  
492  
493  
494  
495  
496  
497  
498  
499  
500  
501  
502  
503

## **Unsere Strukturen**

In unserem Unterbezirk wählen wir jedes Jahr einen neuen Vorstand. Dieser Vorstand stellt den organisatorischen Rahmen allen Engagements der Jusos Münster zur Verfügung. Oder anders formuliert: Der Vorstand kümmert sich darum, dass allen Mitgliedern politische Beteiligung ermöglicht wird. Das kann heißen, dass Termine für Veranstaltungen geplant werden oder aber dass inhaltliche Beschlüsse aus Anträgen umgesetzt werden. Im Sinne des vorliegenden Antrags wollen wir ermöglichen, dass all unseren Mitgliedern deutlich ist, wie sie innerhalb dieser Strukturen mitwirken können.

Deshalb wollen wir:

- Beim Politisch Organisatorisches vor einer ordentlichen Mitgliederversammlung die Zuständigkeit des Vorstandes und von Delegationen genau erklären um unseren Mitgliedern einen transparenten Überblick über die Anforderungen an ein Juso-Amt zu vermitteln. Auch auf Neumitgliedertreffen soll dieses Wissen geteilt werden.
- Beim Empowern für Juso-Ämter, -Positionen und generelle Mitarbeit verstärkt Menschen, die Vielfalt darstellen, berücksichtigen. Dieser Grundsatz war für uns auch in der Vergangenheit schon wichtig, wir geben uns jedoch mit unseren bestehenden Erfolgen noch nicht zufrieden, sondern streben danach unsere Bemühungen im Sinne aller immer weiter zu verbessern.
- Die Berichte auf unserem öffentlichen Vorstandstreffen, dem Politisch Organisatorisches so gestalten, dass eine Diskussion auch für jene möglich ist, die die Jusostruktren auf Landes- und Bundesebene bisher nicht kennen.
- Dass der Vorstand auf dem Politisch Organisatorisches in einem eigenen Bericht erklärt, welche Vorbereitungen getroffen worden sind.

## **Vielfältig in die Zukunft**

Wir Jusos Münster streiten für die Gesellschaft der Freien und Gleichen. Damit meinen wir, dass sich alle Menschen frei nach ihren Wünschen und Vorstellungen innerhalb der Gesellschaft bewegen können und die Möglichkeit haben diese mitzugestalten. Jungsozialist\*in zu sein bedeutet einen Kampf zu führen um unsere Zukunft. Es liegt in unserer Verantwortung selbst nach den Idealen zu leben, die wir uns für alle wünschen. Unsere stetigen Bemühungen haben je nach Situation größere oder kleinere Auswirkungen und die in diesem Konzept festgeschriebenen Maßnahmen sind keinesfalls als abschließende Punkte zu verstehen. Um zu identifizieren, welche Maßnahmen des vorliegenden Antrags angepasst werden müssen, wird das vorliegende Konzept in regelmäßigen Abständen vom Vorstand unter Mitbeteiligung der Mitglieder (z.Bsp. wie beim AK Vielfalt) evaluiert.

504 **A4 Powerhäuser? Nicht mit uns! – Für dezentralen,**  
505 **bedarfsgerechten Gewaltschutz für Frauen\***  
506

507 Triggerwarnung: Im Folgenden wird (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen\* und Kinder thematisiert.  
508

509 Als feministischer Verband finden wir es wichtig und richtig, dass die schwarz-gelbe Landesregierung  
510 den Gewaltschutz für Frauen\* in Nordrhein-Westfalen voranbringen und stärken möchte. Die  
511 Förderung der Hilfs- und Beratungsstrukturen von der Landesseite ist unumgänglich, um eine  
512 flächendeckende Versorgung in ganz NRW zu gewährleisten. Unterstützungsangebote für Frauen\*  
513 müssen vorhanden sein und in Anspruch genommen werden können – egal, ob in der Stadt oder in  
514 ländlichen Regionen. Sowohl während der Pandemie als auch unabhängig von dieser muss der  
515 Schutz von Frauen\*, die Gewalt erfahren haben, jederzeit sichergestellt sein.

516 Als Jungsozialist\*innen ist es unser erklärtes Ziel, die Unterstützungsleistungen für von Gewalt  
517 betroffene Frauen\* und Kinder auszubauen. Allerdings teilen wir nicht das Verständnis der  
518 Landesregierung, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Einige Pläne des Ministeriums für Heimat,  
519 Kommunales, Bau und Gleichstellung unter Leitung von Ministerin Scharrenbach sehen wir kritisch.  
520

521 Zunächst wird vom Ministerium anerkannt, dass viele Menschen, denen Gewalt widerfahren ist,  
522 nicht wissen, an wen sie sich diesbezüglich wenden können. Häufig herrscht wenig bis keine  
523 Information darüber, welche Beratungs- und Schutzeinrichtungen professionelle Hilfe für  
524 Betroffene leisten. Zudem könne die Vielfalt und Differenziertheit der Unterstützungsangebote laut  
525 dem Ministerium zu einem Problem werden: zum einen könnte eine organisatorisch  
526 niedrigschwellige Versorgung für Menschen, die Beratung und Schutz von verschiedenen Stellen in  
527 Anspruch nehmen, erschwert sein. Zum anderen seien die Wege zu unterstützenden Einrichtungen  
528 aufgrund der Komplexität des Hilfsystems oft weit und schwierig zu erreichen.

529 Um diesen Problemen entgegenzuwirken, hat Gleichstellungsministerin Scharrenbach  
530 unterschiedliche Maßnahmen formuliert, die im Rahmen des sogenannten „Nordrhein-Westfalen-  
531 Pakt gegen Gewalt“ verwirklicht werden sollen. In einem ersten – noch nicht endgültigen – Entwurf  
532 des Anti-Gewalt-Paktes ist die Etablierung sogenannter „Powerhäuser“ vorgesehen, die der  
533 Weiterentwicklung des Gewaltschutzes für Frauen\* dienen sollen. In den Powerhäusern will die  
534 Landesregierung diverse Hilfsangebote an einem Ort zentralisieren. Verschiedene  
535 Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen, die auf unterschiedliche Gewaltformen spezialisiert  
536 sind, sollen unter einem Dach zusammengebracht werden. Dadurch sollen die Einrichtungen an  
537 Bekanntheit gewinnen und der organisatorische sowie räumliche Zugang zu diesen soll erleichtert  
538 werden. Neben Unterstützungsangeboten für Frauen\* und Kinder sollen auch Stellen gegen Gewalt  
539 gegen Männer und die Arbeit mit Täter\*innen in den Powerhäusern einen Platz finden.  
540  
541

542 **Umfassende, barrierefreie Information statt Zentralisierung**

543 Als Jusos erkennen wir das Problem an, dass die nordrhein-westfälische Bevölkerung nicht  
544 hinreichend über Hilfsangebote und Beratungsstrukturen bei Gewalterfahrung informiert ist. Daran  
545 möchten wir entschieden arbeiten. Die geeignete Lösung für eine bessere Information kann aber  
546 nicht sein, die verschiedenen unterstützenden Stellen an einen Ort zu verlagern.

547 Wir wollen durch andere Maßnahmen auf die Angebote aufmerksam machen. Professionelle Hilfe  
548 bei Gewalterfahrung muss barrierefrei und inklusiv gestaltet sein. Das inkludiert sowohl vor Ort für  
549 einen Zugang ohne Treppen zu sorgen als auch auditive Informationen und Brailleschrift zu  
550 berücksichtigen. Informationen müssen in einfacher Sprache bereitgestellt sein, damit sie für alle  
551 Menschen verständlich sind – egal, welchen Hintergrund eine Person hat. Zusätzlich muss auf  
552 verschiedenen Sprachen aufgeklärt werden, um beispielsweise auch migrantisierte und geflüchtete  
553 Frauen\* zu erreichen. Auch die spätere Beratung und Therapie muss muttersprachlich möglich sein,  
554 damit betroffene Frauen\* ihre Erfahrungen und Gefühle schildern können, ihnen Angst genommen  
555 wird und mögliche Hemmnisse abgebaut werden. Das bedeutet auch, die Kosten für  
556 Dolmetscher\*innen bereitzustellen, was bislang nicht immer der Fall ist. Damit alle Menschen und  
557 insbesondere Mitglieder der LGBTQI+ Community wissen, an welche Stellen sie sich wenden  
558 können, muss darüber auf Websites und Broschüren der Einrichtungen informiert werden.

559 Informationen über die verschiedenen Hilfsangebote müssen über ganz verschiedene Kanäle an von  
560 Gewalt Betroffene gelangen. Dazu zählen leicht verständliche Plakate und Broschüren an  
561 öffentlichen Orten, aber auch Information und Gewaltprävention in Schulen oder Unterkünften, wo  
562 beispielsweise geflüchtete Menschen untergebracht sind. Nur so kann beachtet werden, dass die  
563 Hürde, Hilfe in Anspruch zu nehmen, so niedrig wie möglich ist. Selbstverständlich muss im 21.  
564 Jahrhundert neben der analogen Welt auch über Social Media informiert werden.

565

566 **Keine Bedarfsgerechtigkeit mit Powerhäusern!**

567 Dass Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen für viele Frauen\* aufgrund von weiter Entfernung  
568 und schlechtem Anschluss nicht gut zu erreichen sind, ist eine weitere Schwierigkeit, der wir uns  
569 widmen müssen. Allerdings lösen Powerhäuser dieses Problem nicht, sondern verstärken es. Durch  
570 zentralisierte Stellen an einem Ort wird kein flächendeckendes Angebot gewährleistet, dass Frauen\*  
571 in allen Regionen Zugang zu Hilfe ermöglicht – so kann keine wohnortnahe Versorgung garantiert  
572 werden. Infolgedessen ist die Erreichbarkeit der Powerhäuser vor allem für Frauen\*, die aufgrund  
573 ihres Alters, einer Erkrankung oder finanziellen Gründen weniger mobil sind, nicht sichergestellt.  
574 Auch Frauen\* mit Kindern, die diese nicht aus ihrem gewohnten Umfeld (mit Schule und KiTa) reißen  
575 wollen, möchten wohnortnah untergebracht werden. Die Wege zu den Powerhäusern sind für viele  
576 Frauen\* teurer und weiter, sodass insbesondere für Frauen\* aus dem ländlichen Raum ohne Auto  
577 aufgrund von unzureichender ÖPNV-Anbindung weitere Schwierigkeiten entstehen. Die räumliche  
578 Niedrigschwelligkeit, die sich die Landesregierung durch die Zentralisierung der Hilfsangebote

579 erhofft, wird in vielen Fällen nicht erfüllt werden können. Zudem schränken Powerhäuser die  
580 Wahlfreiheit der Betroffenen ein, die bei ihrer Hilfesuche gegeben sein muss.  
581 Die Beratungsstruktur würde durch die Zentralisierung nicht nur räumlich nicht mehr  
582 bedarfsgerecht sein. Um die Bedarfsgerechtigkeit der Unterstützungsangebote zu bewahren, muss  
583 ihre Komplexität und Differenziertheit aufrechterhalten werden. Wesentlich dafür ist die  
584 Autonomie und Diversität der verschiedenen Träger und Kooperationspartner\*innen, denn nur mit  
585 einer Vielfalt an Angeboten kann auf die Vielfalt an Bedarfen reagiert werden. Vom Patriarchat  
586 marginalisierte Gruppen wie Frauen\*, die Gewalt im Migrations- und/oder Fluchtprozess erfahren  
587 haben, Frauen\* mit Behinderung, illegalisierte Frauen\*, Frauen mit psychischen und/oder  
588 physischen Erkrankungen, Menschen, deren geschlechtliche Identität und Sexualität nicht der  
589 heteronormativen Vorstellung entspricht, und weitere müssen durch differenzierte, spezialisierte  
590 Beratung Berücksichtigung für ihre spezifischen Bedürfnisse finden.  
591 Eine Vernetzung der Hilfsangebote untereinander ist essenziell, um die Versorgung von Betroffenen  
592 bestmöglich zu gewährleisten. Verschiedene Einrichtungen an einem Ort unterzubringen, kann  
593 nicht der Weisheit letzter Schluss sein, um Vernetzung zu erreichen. Diese muss durch die Erhöhung  
594 finanzieller, zeitlicher und personeller Ressourcen ermöglicht werden.

595

#### 596 **Powerhäuser bedeuten Unsicherheit für Frauen\***

597 Um eine Erhöhung der Sicherheit für von Gewalt betroffene Frauen\* zu erreichen, wie sie sich die  
598 nordrhein-westfälische Landesregierung von der Etablierung der Powerhäuser verspricht, ist es  
599 gerade wichtig, dass Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen an unauffälligen Orten gelegen sind.  
600 Wenn betroffene Frauen\* Unterstützung in Anspruch nehmen, ist dies eine private und persönliche  
601 Angelegenheit, von der nicht jede und jeder wissen muss, wenn dies nicht gewünscht ist. In vielen  
602 Fällen ist es gerade diese Privatsphäre, die Leben rettet, wenn eine Frau\* vor Gewalt in den eigenen  
603 vier Wänden flüchten muss. Diskretion und Privatsphäre können besser bewahrt werden, wenn  
604 Hilfsangebote dezentral und nicht an einem Ort lokalisiert sind. Plan des Ministeriums für Heimat,  
605 Kommunales, Bau und Gleichstellung ist es, zahlreiche Beratungsstellen, Behörden,  
606 Schutzeinrichtungen und Kooperationspartner\*innen unter einem Dach anzuordnen, sodass ein  
607 solches Gelände riesig und auffällig wäre. Die Landesregierung strebt an, einen hohen  
608 Bekanntheitsgrad für die Powerhäuser zu erreichen, sodass jede\*r über die dort ansässigen  
609 Unterstützungsangebote für Gewaltschutz Bescheid wüsste. Frauen\*, Mädchen\* und Kinder, die zu  
610 einem Powerhaus laufen oder mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, könnten  
611 dabei beobachtet oder im schlimmsten Fall verfolgt werden. Ihre Privatsphäre und Anonymität  
612 werden verletzt, ihr Schutz wird bedroht. Weil Sicherheit für Frauen\* und insbesondere für von  
613 Gewalt betroffene Frauen\* für uns als feministischen Verband gewährleistet werden muss, lehnen  
614 wir eine Zentralisierung der Hilfsangebote entschieden ab, denn diese gefährden die Sicherheit von  
615 Frauen\* und Kindern.

616

617

618 **Ungleiches auch ungleich behandeln!**

619 Die Unsicherheit, die Frauen\* durch eine Zentralisierung der unterstützenden Einrichtungen  
620 widerfährt, wird darüber hinaus dadurch verstärkt, dass Täter\*innenarbeit und Gewaltschutz für  
621 Männer ebenso Raum in den Powerhäusern finden sollen. Ohne die Bedeutung von  
622 Täter\*innenarbeit negieren zu wollen, darf diese keinen Platz an dem Ort haben, an dem von Gewalt  
623 betroffene Frauen\* Schutz suchen. Der safer space, den Frauen\*beratungsstellen und  
624 Frauen\*häuser für Betroffene aufbauen, wird durch die Präsenz der (überwiegend männlichen)  
625 Täter\*innen und Hilfsangebote für Männer stark bedroht.

626 In einer heteronormativen Gesellschaft mit patriarchalen Machtverhältnissen wie der unseren muss  
627 geschlechtsspezifische Gewalt anerkannt werden. Frauen\* werden häufiger gestalkt und sexuell  
628 belästigt. Catcalling gehört für viele Frauen\* zum Alltag. Das Ermorden von Frauen\* aufgrund ihres  
629 Frau\*seins, Femizide, haben einen Namen bekommen. Nach einer Studie des Bundesministeriums  
630 für Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren etwa 115.000 der 141.792 erfassten Opfer von  
631 Partnerschaftsgewalt im Jahr 2019 weiblich, was mehr als 81% ausmacht. Von Vergewaltigung,  
632 sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen in Partnerschaften waren zu 98,1% Frauen\*  
633 betroffen. 76,4% der Opfer von Mord und Totschlag in Partnerschaften waren weiblich. Gewalt  
634 gegen Frauen\* und Gewalt gegen Männer darf niemals gleichgesetzt werden und muss ungleich  
635 behandelt werden, denn sonst wird Gewalt gegen Frauen\* verharmlost.

636 Trotzdem muss auch die Existenz von Gewalt gegen Männer anerkannt werden – sie ist Realität und  
637 wird häufig nicht wahrgenommen und ausgeblendet. Um für von Gewalt betroffene Männer  
638 Unterstützungsangebote bereitzustellen, die ihren Bedarfen entsprechen, ist es umso wichtiger,  
639 zwischen Gewalt gegen Frauen\* und Gewalt gegen Männer zu differenzieren. Nur so können  
640 spezifische Hilfsleistungen für Männer geboten werden, die an ihre männlich sozialisierten  
641 Lebenswelten anknüpfen.

642

643 Aus unserer Sicht lässt sich durch viele Punkte, die im Rahmen des „Nordrhein-Westfalen-Pakts  
644 gegen Gewalt“ vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung formuliert  
645 werden, das eigentliche Ziel des Paktes nicht erreichen: mehr Gewaltschutz für Frauen\*. Einige  
646 Maßnahmen erschweren die Situation für Frauen\*, statt sie zu verbessern. Insbesondere die  
647 angestrebten Powerhäuser sind ein Schritt zurück für alle, die sich seit Jahren und Jahrzehnten für  
648 den Schutz von Frauen\* einsetzen. Wir solidarisieren uns mit den Verbänden,  
649 Kooperationspartner\*innen und Trägern, die die geplante Zentralisierung der Hilfsangebote  
650 ablehnen.

651

652 Wir fordern:

- 653 • Umfassende Information und Aufklärung über Hilfsangebote für von Gewalt betroffene  
654 Menschen: barrierefrei, in zahlreichen Sprachen und über verschiedene analoge sowie  
655 digitale Kanäle verbreitet.
- 656 • Die Sicherstellung der Übernahme von Kosten für Dolmetscher\*innen, wenn diese bei der  
657 Beratung und dem Schutz von von Gewalt Betroffenen benötigt werden.
- 658 • Dass die Versorgung von von Gewalt betroffenen Menschen bedarfsgerecht nach den  
659 Maßgaben der Istanbulkonvention für alle Menschen zugänglich ist. Die Umsetzung von  
660 zentralisierten Powerhäusern lehnen wir ab, um flächendeckend und insbesondere in  
661 ländlichen Regionen Gewaltschutz zu garantieren.
- 662 • Dass die Sicherheit von Frauen\* und Kindern an oberster Stelle stehen. Da die geplanten  
663 Powerhäuser den Schutz von betroffenen Frauen\* und Kindern bedrohen, fordern wir, dass  
664 Hilfsangebote weiterhin dezentral organisiert und lokalisiert bleiben.
- 665 • Dass die Differenziertheit und Komplexität von Hilfsstrukturen bewahrt bleibt, um  
666 bedarfsgerechte Unterstützung zu gewährleisten.
- 667 • Dass Gewalt gegen Frauen\* und Gewalt gegen Männer differenziert betrachtet und  
668 behandelt werden. Täter\*innenarbeit und Schutz von Frauen\* und Kindern, denen Gewalt  
669 widerfahren ist, darf niemals am gleichen Ort stattfinden.

## 670 **A5 Wohnraum für alle – Eine jungsozialistische Antwort auf** 671 **Wohnraumknappheit**

672  
673

674 “Wohnen ist ein Menschenrecht” - Ein sozialdemokratischer Grundsatz, der sich von seiner  
675 Realisierung immer weiter entfernt. Die Mieten entwickeln sich bundesweit deutlich steiler als der  
676 allgemeine Verbraucherpreis und gerade in Großstädten wird Wohnen zunehmend zum Luxus. Ein  
677 Trend, der sich auch darin widerspiegelt, dass sich die Zahl der Wohnungslosen nach der aktuellsten  
678 Schätzung binnen zehn Jahre beinahe verdreifacht hat. Und trotzdem wird Wohnraum noch als  
679 Kapitalanlage und Investitionsobjekt behandelt, ökonomisch vorangetrieben von Wohnkonzernen  
680 und politisch gefördert durch den Verkauf öffentlicher Wohnungen und Bodens, sei es für  
681 kurzfristige Haushaltsausgleichungen oder aus liberaler Ideologie.

682 Wir Jusos verstehen Wohnraum als persönlichsten Rückzugsraum und als Notwendigkeit für ein  
683 selbstbestimmtes Leben, als Grundrecht und er darf niemals Existenzängste verursachen. Im  
684 Folgenden soll dabei ein besonderer Schwerpunkt auf kurzfristige Ansätze der Symptomlinderung  
685 fehlerhafter Wohn- und Bodenwirtschaft gesetzt werden, ergänzend zu bereits bestehenden  
686 Beschlüssen zu notwendigen Veränderungen in Bereichen der Bodenpolitik und des kommunalen  
687 Wohnungsbaus, zur langfristigen Lösung der Problematik.

688

### 689 **LEG - Eine Misserfolgsgeschichte**

690

691 Im Rahmen einer Haushaltssanierung und einer bundesweiten Privatisierungswelle im Jahre 2008  
692 wurde die Landesentwicklungsgesellschaft NRW (kurz: LEG), eines der bundesweit größten  
693 Wohnungsunternehmen, unter einer liberal-konservativen Landesregierung veräußert. Wenige  
694 Jahre später ging das Unternehmen an die Börse und wurde mit seitdem konstant zunehmenden  
695 Renditezahlungen zu einem lukrativen Investitionsobjekt – auf Kosten der Mieter\*innen.

696 Zunächst galt für die LEG-Wohnungen eine verbindliche Sozialcharta zum Schutz der  
697 Bewohner\*innen, die diese jedoch nur begrenzt gewährleisten konnte. So galt sie von vornherein  
698 bloß für Personen, die die Immobilie schon vor dem Verkauf bewohnten und während  
699 Luxusmodernisierungen ausgeschlossen wurden, waren Mieterhöhungen im Rahmen normaler  
700 Modernisierungen erlaubt und sogar von den regulären Regelungen für Steigerungen  
701 ausgenommen. Diese haben zudem vorgesehen, dass die Mietpreise jährlich nur um einen  
702 bestimmten Prozentsatz steigen durften, der jedoch bloß auf Basis der Durchschnittswerte aller  
703 Objekte berechnet wurde. In der Praxis bedeutete dies, dass die Preise in angespannten  
704 Wohnungsmärkten über die vereinbarten Maße hinaus steigen konnten und durch konstante  
705 Mieten in Regionen mit ohnehin geringer Wohnnachfrage kompensiert werden konnten.

706 Diese Charta lief zusätzlich im Jahr 2018 aus und die Annahme, private Dienstleistung sei  
707 grundsätzlich günstiger und effizienter wurde weiter widerlegt. So weit, dass ein eigenes

708 Aktionsbündnis einen Forderungskatalog in Bezug auf die Mängel und Pflichtverletzungen der LEG,  
709 mit besonderem Schwerpunkt auf Erreichbarkeit, fehlende Ansprechpartner\*innen, unbegründete  
710 Rechnungen und Mahnungen sowie die unverhältnismäßige Umlage von Modernisierungskosten  
711 auf Mieter\*innen, hervorbrachte. Insbesondere die ersten Punkte sind weit verbreitete  
712 Beschwerden im Kontext großer Konzerne, mit dem Unterschied, dass wir an dieser Stelle von  
713 Wohnraum als einer Existenzgrundlage sprechen. Wohnen darf nicht der Logik und Fehlerhaftigkeit  
714 des Marktes unterworfen werden, weshalb außer Frage steht, dass die LEG und die damit  
715 verbundenen Tochterunternehmen so wie Wohnungen erneut staatlicher Kontrolle unterliegen  
716 müssen.

717

#### 718 **Deckel zu, Miethai tot**

719

720 Insbesondere Städte erleben ein kontinuierliches, starkes Wachstum und eine erhöhte Nachfrage  
721 nach Wohnraum ist die logische Folge dessen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es einen  
722 Zuwachs an Wohnungen, insbesondere derer, die auch für untere und mittlere Einkommen  
723 erschwinglich sind. Das bedeutet eben auch eine starke Förderung kommunalen Wohnungsbaus  
724 und verbindliche Anteile an Sozialwohnungen bei privatem Neubau.

725 Doch der Bau neuer Wohnungen braucht Zeit und in dieser Zeit nimmt der Nachfrageüberhang nach  
726 Wohnfläche zu, die Preise steigen weiter und Menschen verlieren ihr Zuhause und werden  
727 verdrängt. Doch selbst die Verdrängung hat ihre Grenzen, so war beispielsweise die Kommune mit  
728 dem teuersten Wohnraum im Jahr 2020 „Karlsfeld“, eine Gemeinde mit knapp 18.000 Einwohner  
729 nahe Münchens. Wer günstig Wohnen möchte, kann in besonderen Fällen also nicht einmal mehr  
730 auf das Umland der begehrten Großstädte ausweichen. Dem entgegen müssen Maßnahmen  
731 getroffen werden, die ein stabiles Preisgefüge gewährleisten können, so etwa das bereits im  
732 Zukunftsprogramm der SPD geforderte Mietmoratorium, das Mietsteigerungen bloß noch im  
733 Rahmen der Inflation zulässt. Da wir jedoch eine langfristige Entwicklung beobachten, die in einigen  
734 Städten bereits so weit fortgeschritten ist, dass eine Begrenzung der Preissteigerung in vielen  
735 Städten nicht mehr genügen kann, müssen die Mieten in einem, nicht nur für eine sehr gut  
736 verdienende Minderheit, bezahlbaren Rahmen gehalten werden. Die Mieten in Stuttgart liegen 45%  
737 über dem Bundesschnitt, in München mehr als 36% und auch Münster über ein Viertel darüber. In  
738 solchen Fällen ist ein Werkzeug nötig, das die Möglichkeit schafft, Mieten verbindlich auf ein  
739 angemessenes Niveau zu reduzieren und da sich dies auf Landesebene nicht durchsetzen lässt, das  
740 Problem aber ohnehin die gesamte Republik betrifft, fordern wir einen bundesweiten Mietendeckel.

741

#### 742 **Von Berlin lernen heißt enteignen lernen**

743

744 359.063 Unterschriften in vier Monaten. Das ist das Ergebnis des Volksbegehrens “Deutsche  
745 Wohnen & Co. enteignen”, welches einen Volksentscheid zur Enteignung profitorientierter

746 Immobiliengesellschaften mit mehr als 3.000 Wohnungen fordert. Das Quorum von 175.000  
747 Unterzeichnenden für einen Volksentscheid wurde mit der Sammlung von über 350.000  
748 Unterschriften um mehr als das Doppelte übertroffen. Die große Unterstützung für diese  
749 vermeintlich “radikale” Entscheidung zeigt einmal mehr, dass linke Politik nicht nur anschlussfähig  
750 ist, sondern auch erhebliches Mobilisierungspotential in unserer auf eine sogenannte politische  
751 “Mitte” fokussierten Republik besitzt. Aber Berlin lehrt uns auch, dass uns kein Fortschritt von der  
752 Immobilienlobby geschenkt wird. Nicht nur ihr politischer Arm aus CDU und FDP feuert mit  
753 ideologischen Parolen, wie etwa “Bauen statt klauen”, gegen gerechtere Eigentumsverhältnisse,  
754 auch der rot-rot-grüne Senat konnte sich nicht auf eine klare Linie einigen, obwohl rund die Hälfte  
755 der Berliner\*innen eine Enteignung von Immobilienriesen befürworten. Als Jungsozialist\*innen  
756 sehen wir uns solidarisch mit den Mieter\*innen und unterstützen das Volksbegehren und den  
757 Volksentscheid in Berlin am 26.09.

758 Die Initiative kann aber auch über das Land Berlin hinaus als Vorbild dienen: Fast 60 Prozent der  
759 Menschen in NRW wohnen zur Miete. Ein breites Bündnis aus Mieter\*innen hat auch hier das  
760 Potential, die Weichen für eine gemeinwohlorientierte Verwaltung von Wohnraum zu stellen. Als  
761 Jusos haben wir hier eine wichtige Doppelrolle inne: Zum einen müssen wir mit den betroffenen  
762 Mieter\*innen ins Gespräch kommen und dort, wo noch keine Strukturen existieren, beim Aufbau  
763 von Mieter\*innenselbstorganisationen mitwirken. Zum anderen müssen wir – insbesondere mit  
764 Blick auf die kommende Landtagswahl 2022 – die NRW-SPD dahingehend beeinflussen, dass die  
765 Rekommunalisierung von Wohnraum eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielt.

766

### 767 **Für eine moderne sozialistische Bodenpolitik**

768

769 Zu guter Letzt soll hier noch ein Ausblick auf die Wichtigkeit einer modernen Bodenpolitik, welche  
770 das Gemeinwohl in den Vordergrund stellt, gewagt werden. Eine detaillierte Betrachtung der  
771 Bodenpolitik wurde bereits in einem Antrag aus 2018 vorgenommen, weshalb hier lediglich die  
772 Leitlinien unseres Verständnisses dargelegt werden sollen. Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-  
773 Jochen Vogel hat bereits 1972 die Wichtigkeit einer sozialen Bodenpolitik beschrieben.  
774 Leistungslose Gewinne, die auf der Spekulation auf die Knappheit des Gutes Boden beruhen,  
775 gehören zugunsten der Allgemeinheit sozialisiert.

776 Das Instrument der Enteignung großer Immobilienkonzerne muss mit der Ausweitung des  
777 kommunalen Landbesitzes einhergehen, um die Ware Boden der Spekulation zu entziehen.  
778 Langfristig muss es unser Ziel als Sozialist\*innen sein, dass der städtische Boden vollständig in der  
779 Hand der Kommunen liegt. Die Abtretung von Flächen an Private soll vorrangig über das Mittel der  
780 Erbpacht erfolgen, wie es bereits in den Niederlanden oder Singapur erfolgreich gehandhabt wird.

781

### 782 **Fazit**

783

784 Der Markt hat sein Versagen im Bereich des Wohnraums in vielfältiger Hinsicht bewiesen und  
785 ebenso vielfältig sind die Maßnahmen, die nötig sind, um diese Fehler auszugleichen. Weder die  
786 Begrenzung der Mietpreise, noch die Förderung öffentlichen Wohnungsbaus, noch die kurzfristige  
787 Erhöhung des öffentlichen Angebots auf Kosten privater Wohnkonzerne können alleine  
788 gewährleisten, dass Wohnen kein Luxusgut wird oder bleibt. Dafür braucht es eine grundlegende  
789 Abkehr von der Wahrnehmung des Wohnraums als Investitionsguts und der Vermögenssicherung  
790 sowie einen breiten wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalog.

791

792 Daher fordern wir:

793

- 794 ● Die Wiederverstaatlichung der LEG und Enteignung privater, profitorientierter  
795 Immobiliengesellschaften und deren Eingliederung in eine landesweite, öffentlich-rechtliche  
796 Wohnungsbaugesellschaft
- 797 ● Die Förderung der Gründung von Genoss\*innenschaften sowie des Aufkaufs kommunaler  
798 Wohnungsbaugesellschaften
- 799 ● Zusätzliche Förderung des Baus kommunalen Wohnraums
- 800 ● Eine konsequente Preisobergrenze für Mieten in Form eines bundesweiten Mietendeckels
- 801 ● Eine Unterstützung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“
- 802 ● Die Bekämpfung von Bodenspekulation durch konsequente Sozialisierung leistungslos  
803 erworbener Gewinne auf Boden
- 804 ● Die Ausweitung des Bodenanteils in öffentlicher Hand
- 805

## 806 **A6 Eine Frage der Notwendigkeit - Für eine feministische** 807 **Außenpolitik!**

808

809 Schon lange sind wir Jusos uns sicher: Der feministische Kampf ist ein Themenübergreifender! Jede  
810 politische Forderung muss demnach auch feministische Aspekte mitbedenken. Ob bei der  
811 Aufstellung von kommunalen Budgets, der Entwicklung von Infrastruktur oder auch bundesweiten  
812 Initiativen, die die Carearbeit betreffen; als feministischer Verband zeigen wir überall auf, dass die  
813 Situation von Frauen\* und im Patriarchat marginalisierten Personen besonderer Beachtung bedarf.  
814 Und trotzdem: Ein Politikbereich scheint relativ unberührt von dieser Erkenntnis. Die Außenpolitik.  
815 Der vorliegende Antrag versucht diese Leerstelle zu füllen und Perspektiven einer feministischen  
816 Außenpolitik zu prägen. Unsere Analyse geht unseren Forderungen für eben diese feministische  
817 Außenpolitik voraus.

818

### 819 **It's a Man's World!**

820 Leider sind Frauen\* in vielen Bereichen der Politik stark unterrepräsentiert. Obwohl etwas mehr als  
821 50% der Bevölkerung, findet man sie in den Parlamenten Deutschlands, Europas und der Welt  
822 weniger häufig vor als Männer. Ob Landtag, Kommunalrat, Bundestag oder Europaparlament:  
823 Überall sind Frauen\* in der Minderheit. Warum? Einerseits stellen die Parteien einfach mehr  
824 Männer zur Wahl, andererseits haben diese auch häufiger aussichtsreiche Wahlkreise. Auch  
825 innerhalb der Parteien, sind Männer einfach überrepräsentiert und verfügen über erfolgreiche  
826 Klüngelrunden. Egal welcher Grund: Die Folge ist, dass Frauen\* das Nachsehen haben.

827 Da sich die wenigeren Frauen\* schließlich nicht zerreißen können, bedeutet auch, dass bei der  
828 Vergabe von Ausschüssen et cetera in manchen Bereichen besonders wenige Frauen\* zu finden  
829 sind. Während das Thema Gleichstellung immer noch eines ist, das von Männern sträflich als nicht  
830 ihres verstanden wird und wo sich dem zu Folge überdurchschnittlich viele Frauen\* finden, sind es  
831 Felder wie die Finanzpolitik oder auch die Außenpolitik in denen auffällt, dass Frauen\* und nicht-  
832 männliche Personen besonders marginalisiert sind. Außenpolitik ist vor allem eins: weiß und  
833 männlich.

834 Doch warum ist das so? Klar wehren wir uns gegen die Auffassung, dass sich Frauen\* und andere  
835 (vom Patriarchat) marginalisierte Personen einfach nicht für diese Bereiche interessieren würden.  
836 Auch die Einschätzung es gäbe nicht genügend solcher Menschen, die in diesen Bereichen als  
837 Expert\*in gelten, ist absoluter Quatsch. Viel mehr scheint ein Problem, dass Frauen\* erstens eine  
838 Doppelbelastung erfahren, wenn sie bemerken, dass sich die Mehrheit der  
839 Abgeordneten/Zuständigen (also Männer) nicht für feministische Themen engagiert. Dann wird die  
840 Gleichstellungsarbeit zum Mehraufwand, den genau die leisten, die unter der patriarchalen  
841 Unterdrückung zu leiden haben. Zweitens sind es Felder wie die Außenpolitik, die so weiß und  
842 männlich geprägt sind, dass sie noch immer eine abschreckende Wirkung auf Frauen\* und andere  
843 (vom Patriarchat) marginalisierte Personen und anders diskriminierte Menschen (wie BiPoC oder

844 LGBTQIA+ Personen) haben können. Die einzige Person am Tisch zu sein, die kein weißer Mann ist,  
845 ist eben noch immer eine Realität, denen sich politisch engagierte Frauen\* und andere (vom  
846 Patriarchat) marginalisierte Personen, wie auch BiPoC ausgesetzt sehen. In eng verklebte männliche  
847 Klüngelrunden vorzustoßen scheint eine Aufgabe der Unmöglichkeit; Vernetzung mit anderen  
848 marginalisierten schwer, wenn (fast) keine anderen da sind.

849 Und selbst wenn intersektional diskriminierte Personen mit am Tisch sitzen: Selten haben sie die  
850 mächtigeren Positionen inne. Bei der Vergabe von Sprecher\*innenämtern und Vorsitzen, sind sie  
851 meist nicht in der engeren Auswahl und noch seltener schaffen sie es in solche Ämter zu gelangen.  
852 Wenn wir die Auffassung vertreten, dass es eben einen Unterschied macht, ob nur weiße alte  
853 Männer eine Diskussion führen, bedeutet diese Erkenntnis, dass Stand jetzt in vielen Punkten Felder  
854 wie die Außenpolitik noch immer die von eben diesen alten weißen Männern sind. Keine  
855 Gesellschaft wird dabei wahrheitsgemäß abgebildet und mitgedacht.

856

### 857 **Mehr als eine Frage von Repräsentation**

858 Studien zeigen, dass sich sexualisierte Gewalt, Armut und etwa ungewollte Schwangerschaften  
859 dezimieren, wenn alle Geschlechter gleichgestellt sind. Auch bei der Entscheidungsfindung über  
860 politische Lösungen. Auch konnte belegt werden, dass (bewaffnete) Konflikte in einem  
861 Zusammenhang mit Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft stehen. Das berücksichtigt auch die  
862 patriarchale Ungleichheit. Und Valeria Hudson konnte beweisen, dass Geschlechtergerechtigkeit  
863 „der wichtigste Faktor zur Bestimmung von Frieden und Stabilität eines Landes“<sup>2</sup> ist.

864 Bereits vor über 20 Jahren, beschloss der UN-Sicherheitsrat deshalb die Resolution 1325, die  
865 sicherstellen sollte, dass Frauen an *allen* „internationalen, nationalen und regionalen  
866 Entscheidungsgremien und Mechanismen zur Vermeidung, Behandlung und Lösung von Konflikten  
867 stärker repräsentiert sein müssen.“<sup>3</sup> Eine Reihe von Nachfolgeresolutionen wurden erfolgreich in  
868 den Sicherheitsrat eingebracht und beschlossen; das Thema ist also kein neues. Doch was passierte?  
869 Leider herzlich wenig. Die zuletzt von Deutschland zum 20-jährigen Jubiläum der Resolution 1325,  
870 initiierte Resolution 2467, wies auf die noch immer gigantischen Leerstellen hin. So ist die  
871 Verbindung zwischen (bewaffneten) Konflikten und der Gefahr von sexualisierter Gewalt für  
872 Frauen\* und Mädchen noch immer evident, genauso wie sich nachweisen lässt, dass der  
873 ökonomische Status von Frauen\* und andere (vom Patriarchat) marginalisierte Personen diese in  
874 besonders prekäre Lagen versetzt in denen sie sich Gewalt und Unterdrückung gegenüber gestellt  
875 sehen.

876 Und auch in Fragen der Klimakrise müssen feministische Perspektiven eine besondere Bedeutung  
877 erlangen, denn klar ist: Es sind vor allem Frauen\* und BiPoC, die besonders vom

---

<sup>2</sup> <https://centreforfeministforeignpolicy.org/journal/2019/7/7/eine-feministische-auenpolitik-imperativ-fr-eine-gerechte-und-sichere-welt>.

<sup>3</sup> <https://www.unwomen.de/informieren/frauen-und-ihre-rolle-in-friedensprozessen/die-resolution-1325-mit-der-agenda-frauen-frieden-und-sicherheit.html>.

878 menschengemachten Klimawandel betroffen sind. Es ist eben (wie eigentlich immer) keine Krise,  
879 die uns alle gleich hart trifft! Frauen\* sind zum Beispiel überdurchschnittlich oft nicht-  
880 Schwimmerinnen und kümmern sich in den meisten Fällen um Kinder, Senior\*innen und erkrankte  
881 Verwandte. Bei Umweltkatastrophen, die durch den menschengemachten Klimawandel immer  
882 häufiger auftreten, wie etwa Überschwemmungen, Erdbeben oder -beben, wie auch bei  
883 Waldbränden, sind es also Frauen\*, die besonders vulnerabel sind. Und selbst wenn sie überleben:  
884 Ihre ökonomische Schlechterstellung, die sie beispielsweise mit BiPoC teilen, bedeutet auch, dass  
885 sie das Nachsehen haben, wenn sie versuchen wollen aus eigener Kraft ihre Lage zu verbessern.  
886 Nötige Bildung und Teilhabe bleibt ihnen verwehrt. Studien zeigen zudem, dass „in vielen Ländern  
887 vor allem Frauen in jenen Sektoren [arbeiten], die von Hitzewellen, Dürren, Stürmen oder  
888 Überschwemmungen besonders stark betroffen sind“<sup>4</sup>. Während Männer in diesen Gebieten eher  
889 die Möglichkeit haben in Städte auszuweichen oder gar in andere Länder zu flüchten, bleibt vielen  
890 Frauen\* nichts anderes übrig, als vor Ort zu bleiben. Wenn aber vor Ort die Ressourcen durch  
891 Umweltkatastrophen geschwächt und zerstört sind, dann müssen Frauen\* immer weitere und  
892 gefährlichere Strecken auf sich nehmen um die meistens von ihnen verübte Carearbeit leisten zu  
893 können. Auch das beschaffen von Wasser und Nahrung als weibliche Aufgabe wird durch die  
894 Klimakrise erschwert.

895 Nicht zuletzt die globale Coronapandemie zeigt weitere feministische Handlungsnotwendigkeiten  
896 auf internationaler Ebene auf: Die bereits zuvor zu beobachtende Ungleichverteilung von  
897 Carearbeit, verschlechterte sich durch die Pandemie zunehmend zu Ungunsten der Frauen\*. Auch  
898 warnten viele Interessenverbände und Hilfseinrichtungen früh vor der anzunehmenden steigenden  
899 geschlechtsbezogenen Gewalt während des Lockdowns. Flucht wurde zunehmend erschwert und  
900 gerade für Frauen\* noch gefährlicher. Diese und weitere Ungleichheiten müssen auch intersektional  
901 betrachtet werden. Nicht nur das Geschlecht spielt eine Rolle, sondern auch die Hautfarbe und der  
902 ökonomische Status. So gehörten etwa schwarze Frauen\* überdurchschnittlich oft zu jenen Covid-  
903 Erkrankten, die starben und die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.

904

905 Auf all diese Probleme müssen international Lösungen gefunden werden. Ein nationaler Alleingang  
906 bei der Bekämpfung des Patriarchats und anderer struktureller Diskriminierung ist wirkungslos, sind  
907 wir uns doch schon so lange sicher, dass sich das Patriarchat, wie bspw. Auch rassistische Strukturen  
908 nicht an Landesgrenzen halten. Überall auf der Welt leiden Frauen\*, Mädchen und weitere (vom  
909 Patriarchat) marginalisierte Personen unter geschlechtsspezifischer Gewalt. Überall auf der Welt  
910 wirkt Rassismus, Antisemitismus, Ableismus und viele weitere Diskriminierungsformen.  
911 Marginalisierte Menschen erkranken häufiger an HIV, verlieren Anschluss an sauberes Trinkwasser  
912 und ihre existenzielle Grundlage durch Umweltkatastrophen. Kommen (bewaffnete) Konflikte

---

<sup>4</sup> <https://www.oxfam.de/blog/klimakrise-trifft-frauen-deutlich-haerter>.

913 hinzu, steigt zusätzlich auch noch die Gefahr sexualisierter Gewalt. Ein feministisches Umdenken in  
914 der Außenpolitik ist also schon lange überfällig.

915

### 916 **Guten Beispielen folgen**

917 Noch kein\*e Feminist\*in ist vom Himmel gefallen und auch ein feministischer Umschwung innerhalb  
918 der Außenpolitik scheint erstmal eine große Aufgabe zu sein. Doch machen wir es uns nicht zu  
919 schwer, denn es gibt bereits genügend Initiativen, die gute Ideen entwickelt haben, wie der  
920 international und intersektional angelegte Kampf gegen das Patriarchat glücken kann.

921 Unter der Prämisse, dass globale Gerechtigkeit und Frieden Teil des feministischen Kampfes sind,  
922 geht Schweden seit 2014 mit gutem Beispiel voran. Frieden und Gerechtigkeit wird dabei nicht als  
923 nationaler Begriff verstanden; gemeint ist die Gerechtigkeit und der Frieden der einzelnen Person.  
924 Ziel ist also, dass niemandes Unversehrtheit durch Krankheit, Umwelteinflüsse, das eigene  
925 Geschlecht oder bewaffnete Konflikte beschnitten wird. Und das bedeutet, dass die Alleinige Lösung  
926 eines Konfliktes nicht nur an ruhenden Waffen gemessen werden darf. Ist ein Konflikt zwar nicht  
927 andauernd durch Waffengewalt aktiv, übt jedoch (wie zum Beispiel zur Zeit in Afghanistan oder im  
928 Iran) etwa patriarchale Gewalt auf Frauen\* und andere (vom Patriarchat) marginalisierte Personen  
929 aus, muss die internationale Gemeinschaft sich weiterhin einmischen.

930 Beispiele wie Schweden zeigen: Es geht eben nicht um plumpen Pazifismus, wenn wir von  
931 feministischer Außenpolitik reden; es geht viel mehr darum Normen und Werte, die zu patriarchalen  
932 Unterdrückung führen zu überwinden, indem sie auf dem internationalen Parkett angesprochen  
933 werden. Dazu gehört auch Initiativen (finanziell) zu fördern, die feministische Kämpfe überall auf  
934 der Welt voran treiben.

935 Wenn etwa im Iran Frauen\* dafür kämpfen, dass ihnen niemand (auch keine Regierung)  
936 vorschreiben darf, ob sie sich verschleiern müssen oder nicht, dann folgt aus der feministischen  
937 Außenpolitik, dass wir uns mit diesen Frauen\* und ihrem feministischem Kampf solidarisieren.  
938 Wenn Mädchen bereits als Kleinkinder überall auf der Welt bei (teils illegalen) Beschneidungen für  
939 ihr Leben verstümmelt werden, dann verlangt die feministische Außenpolitik, dass wir diesen  
940 Zustand skandalisieren und die hinter der Praktik der weiblichen Beschneidung stehende Norm  
941 kritisieren. Und wenn während einer globalen Pandemie schwarze Frauen\* überdurchschnittlich oft  
942 am Coronavirus versterben, dann verlangt die feministische Außenpolitik, dass internationale  
943 Forschungen zum Thema Rassismus innerhalb der medizinischen Forschung und Praxis, wie auch  
944 die überdurchschnittlich prekäre ökonomische Lage schwarzer Frauen\* vorangetrieben werden, um  
945 intersektionalen Diskriminierungsformen gerecht zu werden.

946

### 947 **Unsere Forderungen:**

- 948 • Unsere feministische Außenpolitik versteht Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen\* und  
949 andere (vom Patriarchat) Personen nicht als zufällig, sondern als Symptom des Patriarchats.  
950 Deshalb stehen wir ein für eine feministische Außenpolitik, die bei all ihren Maßnahmen die

- 951 Zerschlagung patriarchaler Machtverhältnisse berücksichtigt. Grundlage dieser feministischen  
952 Außenpolitik ist die Annahme struktureller Ungleichheit (vor allem aber nicht nur) in Bezug auf  
953 das Geschlecht. Auch intersektionale Diskriminierungen wie Rassismus oder Ableismus müssen  
954 dabei berücksichtigt werden.
- 955 • Unsere feministische Außenpolitik verlangt nach Abrüstung. Wenn wir davon ausgehen, dass  
956 Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnisse Frieden im Weg stehen, dann müssen wir der  
957 Annahme, dass zusätzliche Bewaffnung immer Sicherheit bedeutet, eine Absage erteilen. Das  
958 bedeutet keinesfalls einen pazifistischen Ansatz (den sich schlichtweg nicht jede\*r leisten kann)  
959 sondern vielmehr die Erkenntnis, dass neben (bewaffneter) Verteidigung der Kampf um  
960 diskriminierungsfreie Normen gleichbedeutend zu führen ist.
  - 961 • Unsere feministische Außenpolitik versteht das Individuum als Fokus ihrer Arbeit und nicht den  
962 einzelnen Staat. Denn, wie das Centre for feminist foreign policy zusammenfasst, muss  
963 feministische Außenpolitik sich „gegen die im realpolitischen Diskurs vorherrschende Annahme  
964 [stellen], dass sichere Staaten automatisch zu Sicherheit der Menschen führen und [anerkennen],  
965 dass auch - und vor allem - Staaten und staatliche Strukturen Unsicherheiten für Menschen  
966 schaffen.“<sup>5</sup> Das kann im konkreten Fall heißen:
    - 967 • Dass wir uns neben unseren Bemühungen für Paritätsgesetze innerhalb Deutschlands, für  
968 internationale Vorstöße in diese Richtung einsetzen. (Politische) Teilhabe und die Hälfte der  
969 Macht ist für Frauen\* überall auf der Welt grundlegende Notwendigkeit. Auch das Stärken von  
970 (internationalen) Frauen\*netzwerken ist uns ein Anliegen. Gerade wenn Männer ihren vom  
971 Patriarchat angewärmten Platz nicht räumen wollen, brauchen wir Girl Gangs, die für ihr Recht  
972 auf mindestens die Hälfte der Stühle am Tisch eintreten.
    - 973 • Wir kämpfen den Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt international.  
974 Das kann etwa bedeutet, dass wir uns für Schutzräume für Frauen\* auf der Flucht einsetzen,  
975 und uns auf internationaler Ebene für den Einsatz von humanitären Einsatzkräften, die auf den  
976 Umgang mit Opfern sexualisierter Gewalt spezialisiert sind, stark machen. Intersektionale  
977 Perspektiven sollen uns zusätzlich dabei helfen, internationale Menschenrechtsverstöße etwa  
978 gegen LSBTQIA+ Personen zu skandalisieren und zu bekämpfen.
    - 979 • Der Klimakrise begegnen wir auch mit dem Kampf gegen jede patriarchale Struktur. Bildung  
980 und Teilhabe für Mädchen und Frauen\*, wie auch Projekte, die die Gleichverteilung von  
981 Carearbeit auch außerhalb der deutschen Grenze stärken, sind etwa Aspekte, die diesem  
982 Anspruch gerecht werden.

---

<sup>5</sup> <https://centreforfeministforeignpolicy.org/journal/2019/7/7/eine-feministische-auenpolitik-imperativ-fr-eine-gerechte-und-sichere-welt>.

## 983 **A7 10 Jahre Selbstenttarnung des NSU -- immernoch alle Fragen** 984 **offen**

### 985 986 **Einordnung des NSU-Komplex**

987  
988 Am 4. November 2011 steht in einem Wohngebiet in Eisenach ein weißes Wohnmobil. Zwei  
989 Streifenpolizisten näherten sich diesem gegen 12 Uhr. Es sind Schüsse zu hören und kurz darauf gibt  
990 es einen Knall, das Wohnmobil geht in Flammen auf. Darin befanden sich die beiden Neonazis und  
991 Rechtsterroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. In Zwickau verlässt die Komplizin von Mundlos  
992 und Böhnhardt und ebenfalls Neonazi Beate Zschäpe gegen 15 Uhr eilig das Mehrfamilienhaus, in  
993 dem kurz darauf die Wohnung des Trios explodiert. In den nächsten Tagen flüchtet Zschäpe quer  
994 durch die Bundesrepublik und verteilt DVDs mit dem Bekennervideo zu den Taten des Trios an  
995 Redaktionen und Polizeistationen. Am 8. November 2011 endet Zschäpes Flucht, sie stellt sich auf  
996 einer Polizeistation in Jena. Was in den folgenden Wochen und Monaten klar wird, ist das Ausmaß  
997 der rassistisch motivierten Verbrechen des nationalsozialistischen Untergrunds, das eklatante  
998 Versagen der Ermittlungsbehörden von Polizei bis Verfassungsschutz sowie die Folgen  
999 gesellschaftlicher Ignoranz gegenüber der Gefahr des Rechtsextremismus.

1000  
1001 Vom 9. September 2000 bis zum 6. April 2006 ermordete der NSU Enver Şimşek, Abdurrahim  
1002 Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides,  
1003 Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat. Sie alle waren Kleinunternehmer mit türkischem oder  
1004 griechischem Migrationshintergrund. Die Morde waren rassistisch motiviert. Außerdem erschoss  
1005 der NSU am 25. April 2007 die Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn. Des Weiteren sind dem  
1006 NSU zwei Sprengstoffanschläge, ein Nagelbombenattentat und zahlreiche Raubüberfälle  
1007 zuzurechnen.

1008  
1009 Die Ermittlungen in den Mordfällen waren geprägt von Rassismus und Antiziganismus. Hinweise von  
1010 den Angehörigen es könne sich um rechte Straftaten handeln, wurden von den  
1011 Ermittlungsbehörden nicht ernst genommen. Stattdessen wurde ein nicht existierender  
1012 Zusammenhang zur türkischen Mafia herbei imaginiert. Erst durch die Selbstenttarnung des NSU  
1013 wurde den Ermittler\*innen klar, dass es sich um rechtsextrem motivierte Morde handelt. Daraufhin  
1014 warfen sich Fragen auf, wie das Trio so lange unbemerkt abtauchen und morgen konnte, welches  
1015 Netzwerk das Trio gehabt hat und welche Rolle der Verfassungsschutz gespielt hat. 2013 kommt es  
1016 zum Prozess gegen Beate Zschäpe und drei Unterstützer des NSU. Nach dem Urteil 2018 bleiben  
1017 dennoch viele Fragen offen.

1018  
1019 Das Kerntrio des NSU stammt aus Jena in Thüringen. Dort lernten sie sich kennen und radikalisierten  
1020 sich in den 1990er Jahren. Das Trio war in der rechtsextremen Szene gut vernetzt und in den

1021 rechtsextremen Gruppierungen *Thüringer Heimatschutz* und *Nationaler Widerstand Jena*. Während  
1022 der Behörden und Gesellschaft das rechtsextreme Problem in Jena bekannt war, konnten die drei  
1023 sich radikalieren, Bombenattrappen deponieren und in einer Garage ihre Bombenwerkstatt mit  
1024 funktionsfähigen Rohrbomben einrichten. Als diese 1998 entdeckt wurde, war das Trio schon  
1025 untergetaucht.

1026

1027 Nach dem ersten NSU-Prozess und 10 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU ist von Aufklärung,  
1028 Konsequenzen und Erinnerung noch viel zu wenig zu sehen. Wie konnte sich das Trio ungehindert  
1029 radikalieren, untertauchen und morden? Warum waren die Ermittlungen voller Fehler? Was  
1030 wusste der Verfassungsschutz? Wie sieht das Netzwerk des Trios aus? Gibt es weitere Opfer? Gibt  
1031 es weitere Täter\*innen?

1032

### 1033 **V wie Versagen**

1034 52 Kontakte der Neonaziszene wurden am 26. Januar bei der Durchsuchung der Bombenwerkstatt  
1035 von UWE Böhnhardt sichergestellt, nachdem die Neonazis verschiedene Organisationen mit  
1036 Briefbombenattrappen bedrohten. Die Durchsuchung offenbarte schon früh in den Ermittlungen  
1037 zum NSU-Komplex die Verbindung von Verfassungsschutz und NSU. Insgesamt 4 Kontakte  
1038 sogenannter V-Personen, menschlicher Quellen von Polizei und Geheimdiensten innerhalb der  
1039 Neonazi-Szene, fanden sich auf der als Garagenliste bekannten Kontaktsammlung. Unter ihnen auch  
1040 der Gründer und Kopf der Kameradschaft Thüringer Heimatschutz (THS), Tino Brandt. Als Informant  
1041 des Verfassungsschutzes lieferte Tino Brandt dem Geheimdienst Erkenntnisse zur Thüringer  
1042 Neonaziszene und erhielt im Laufe seiner Tätigkeit im Gegenzug rund 200.000 DM vom  
1043 Verfassungsschutz. Geld, das direkt für den Aufbau der Neonazistruktur, in der sich die NSU-  
1044 Haupttäter Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bis zu ihrem Gang in den Untergrund  
1045 radikalisierten, verwendet wurde. Ein Ermittlungsverfahren, das zum Verbot des THS geführt hätte,  
1046 wurde nach Aussage eines Kriminalbeamten behindert und später 1997 eingestellt. Tino Brandt war  
1047 dabei nicht die einzige V-Person, die den THS mutmaßlich mit Geldern des Verfassungsschutzes  
1048 im Aufbau unterstützte.

1049 Hat der Verfassungsschutz den Aufbau des THS gezielt gefördert, um einfacheren Zugang und  
1050 Einblick in die rechtsradikale Szene zu erhalten? Wurde auf polizeiliche Ermittlungsverfahren  
1051 Einfluss genommen? Und wie konnte aus dem gut beobachteten THS der NSU entstehen ohne, dass  
1052 der Verfassungsschutz, nach eigener Angabe, Kenntnis über Aufenthaltsorte der Terrorist\*innen  
1053 hatte? Diese und weitere Fragen konnten bis heute nicht geklärt werden, weil die  
1054 Bundesanwaltschaft und der Geheimdienst immer wieder Informationen im Prozess zurück hielten,  
1055 die ihre V-Männer hätten belasten können.

1056 Dabei nimmt das Unterstützer\*innen-Netzwerk von V-Personen immer wieder wichtige Rollen in  
1057 der Vorbereitung der Mordanschläge und der Finanzierung des Untergrundlebens ein. Tino Brandt  
1058 organisierte Spendensammlungen auf Konzerten. Thomas Starke, Verbindungsperson des LKA

1059 Sachsen, unterstütze den NSU bei der Suche nach einem Unterschlupf in Chemnitz und besorgte  
1060 Uwe Bönnhardt das TNT, das später für die Bombenattrappen verwendet wurde. Jule W. half Beate  
1061 Zschäpe im Untergrund und war mehrmals in der Zwickauer Wohnung. Tino S. wurde nur wenige  
1062 Tage vor dem Mord des Dortmunder Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık mit Uwe Mundlos in der Nähe  
1063 des späteren Tatorts gesichtet.

1064 Die fragwürdige Rolle des Verfassungsschutzes im NSU-Komplex beschränkt sich jedoch nicht auf  
1065 die V-Personen in der Szene. Die Rolle des Verfassungsschützers und V-Führers Andreas Temme  
1066 beim Mord an Halit Yozgat in einem Kasseler Internetcafé konnte im NSU-Prozess trotz  
1067 widersprüchlicher Aussagen nicht vollständig aufgeklärt werden. Am 06. April 2006 stürmen die  
1068 Täter in das Internetcafé und erschießen den 21-Jährigen. Während des Mordes befindet sich der  
1069 Beamte Andreas Temme im Hinterraum des Cafés, in dem er regelmäßig Gast ist, und will nichts  
1070 vom Mord bemerkt haben. „Sehr, sehr unglaublich“, wie ein Beamter im Ermittlungsverfahren  
1071 gegen Temme feststellt und später durch ein forensisches Gutachten bestätigt wurde. Die Reihe von  
1072 Lügen und Schutzbehauptungen erschienen den Richter\*innen im Prozess als glaubwürdig.

1073 Auch wenn die Anwesenheit des Agenten im Internetcafé nur Zufall gewesen sein sollte, bleibt vom  
1074 Kasseler Mordfall eine lange Liste von Behinderungen des Ermittlungsverfahrens durch den  
1075 Verfassungsschutz und ein politischer Skandal um einen Ministerpräsidenten, der die Vernehmung  
1076 von weiteren Quellen des Verfassungsschützers verhinderte.

1077

## 1078 **Aufklärung**

1079

1080 Bei der Gedenkfeier für die Ermordeten am 23. Februar 2012 versprach Bundeskanzlerin Angela  
1081 Merkel die lückenlose Aufklärung. Zehn Jahre später sind die Lücken aber noch lange nicht  
1082 geschlossen. Ein erster Schritt muss die sofortige Freigabe der NSU-Akten sein, die für mehrere  
1083 Jahrzehnte unter Verschluss gehalten werden sollen. Um die rechten Netzwerke,  
1084 Unterstützer\*innen und die Rolle der Ermittlungsbehörden umfänglich aufzudecken, muss der  
1085 Inhalt der Akten zugänglich sein. Außerdem dürfen die Akten nicht geschwärzt sein und es muss  
1086 aufgeklärt werden, warum 2012 vom Verfassungsschutz Akten zum NSU vernichtet wurden. Eine  
1087 Rekonstruktion der Akten bzw. des Inhalts muss so gut wie möglich stattfinden. Dazu gehört auch,  
1088 dass vom Verfassungsschutz eingesetzte V-Männer aussagen und die Behörde die Aufklärung nicht  
1089 mehr aktiv verhindern darf. Des Weiteren muss die Frage geklärt werden, wie es sein kann, dass im  
1090 Umfeld des Kerntrios mehrere V-Männer vom Verfassungsschutz positioniert wurden und trotzdem  
1091 keine Morde verhindert wurden und das Kerntrio erst durch die Selbstenttarnung aufflog. Dabei  
1092 stellt sich auch die Frage was der Verfassungsschutz wusste und damit auch die Frage danach, ob  
1093 und wenn ja was diese Behörde vertuschen will.

1094

1095 Eine weitere Frage, die es unbedingt zu klären gilt, ist die wie und warum die Tatorte und die Opfer  
1096 ausgewählt wurde. Im Prozess sagte Zschäpe aus, dass sie immer erst im Nachhinein von den Taten

1097 erfahren habe, was aus verschiedenen Gründen allerdings unglaubwürdig ist. Für die Angehörigen  
1098 der Opfer stellt die Beantwortung dieser Frage eine zentrale Rolle in der Aufklärung. Das Kerntrio  
1099 lebte in Chemnitz und später in Zwickau. Die Tatorte waren in Nürnberg, Rostock, Kassel, Dortmund,  
1100 München, Hamburg, Köln und Heilbronn. Außerdem waren die Tatorte nicht an öffentlichen  
1101 Plätzen, sondern gezielt in Geschäften von Menschen mit türkischer oder griechischer  
1102 Migrationsgeschichte. Bei genauerer Betrachtung der Fälle wird deutlich, dass die Taten mittels  
1103 einer genaueren Auskundschaftung der Tatorte und der Tagesabläufe der Opfer möglich waren. Es  
1104 gibt kaum bis keine Hinweise darauf, dass das Kerntrio sich vor den Taten länger in den Städten  
1105 aufgehalten hat. Demzufolge muss es Unterstützer\*innen geben, die für das Kerntrio die Tatorte  
1106 und Opfer beobachtet haben und Informationen geliefert haben. Diese Unterstützer\*innen gilt es  
1107 zu finden und ihre Rolle juristisch aufzuarbeiten. Dabei muss auch die Trio-These kritisch betrachtet  
1108 werden. Bereits in den 1990er Jahren war das Kerntrio gut in der Neonazi-Szene vernetzt. Den  
1109 Angeklagten im NSU-Prozess konnte Unterstützung bei der Beschaffung von Dokumenten,  
1110 Wohnungen, Geld und Waffen nachgewiesen werden, die Unterstützung durch weitere Neonazis ist  
1111 allerdings nicht vollständig aufgeklärt.

1112 Laut dem NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag beläuft sich die Zahl der Helfer\*innen und  
1113 Helfershelfer\*innen auf 129, wobei dies eine vorläufige Zahl ist. Dass hier weitere Ermittlungen,  
1114 welche teilweise von der Staatsanwaltschaft auch schon aufgenommen wurden, notwendig sind, ist  
1115 offensichtlich. Die Fortführung rechter Gewalt in Deutschland wie zuletzt in Chemnitz, Hanau, Halle  
1116 und Kassel zeigt, dass rechte Netzwerke gefährlich sind und aufgedeckt werden müssen.  
1117 Verbindungen zum NSU-Netzwerk sind hierbei nicht unwahrscheinlich, weshalb die lückenlose  
1118 Aufklärung auch Prävention weiterer rechter Gewalt ist. So gibt es auch mögliche Verbindungen  
1119 zwischen dem Mord an Halit Yozgat in Kassel am 6. April 2006 und dem Mord an Walter Lübcke  
1120 2018, ebenfalls in Kassel.

1121  
1122 Zum Schluss stellt sich noch die Frage nach dem eklatanten und flächendeckenden  
1123 Ermittlungsversagen sämtlicher Behörden. Der Beginn lag schon darin, dass 1998 bei der  
1124 Durchsuchung der Garage des Kerntrios in Jena Böhnhardt von der Polizei gehen gelassen wurde  
1125 und die nun gewarnten Neonazis untertauchen konnten. Die Ermittlungen der Mordfälle waren von  
1126 starken institutionellen Rassismus geprägt. So wurde beispielsweise die rassistische Motivation  
1127 hinter den Morden von der Polizei ausgeschlossen, obwohl Angehörige darauf hinwiesen.  
1128 Stattdessen wurde von angeblichen Mafiageschäften und Drogenhandel geredet. Allein das  
1129 Wording "SOKO Halbmond" oder "Dönermorde" zeigt, wie in deutschen Institutionen und Medien  
1130 Rassismus reproduziert wurde und wird. Auch die Frage danach was der Verfassungsschutz wusste,  
1131 ist offen. Aus der Aufklärung über die Fehler bei den Ermittlungen müssen Konsequenzen folgen.

1132  
1133 Das Versprechen der lückenlosen Aufklärung muss endlich eingelöst werden. Darum ist es dringend  
1134 notwendig weitere Ermittlungen zu führen und die Akten freizugeben. Auch die Frage, ob es weitere

1135 Taten des NSU gab, muss geklärt werden. Wir werden keinen Schlussstrich ziehen. Wir fordern  
1136 Aufklärung und Konsequenzen!

1137

### 1138 **Gedenken und Erinnerung**

1139

1140 Wichtig ist es auch den Opfern und Betroffenen zu gedenken und die Erinnerung an sie aufrecht zu  
1141 erhalten. Dabei stehen wir bedingungslos solidarisch an der Seite der Angehörigen. In den Städten,  
1142 in denen die Morde begangen wurden, und in Jena gibt es schon regelmäßig  
1143 Gedenkveranstaltungen für die Ermordeten. Auch einige Straßen wurden nach ihnen benannt. Diese  
1144 meist lokalen Initiativen unterstützen wir. Es reicht jedoch nicht aus die Aufgabe des Gedenkens  
1145 und der Erinnerung an einzelne Gruppen oder Einzelpersonen abzuwälzen. Es braucht eine eigene  
1146 Erinnerungskultur für die Opfer rechter Gewalt, wozu auch eine Erinnerungskultur für die Opfer des  
1147 NSU gehört. Diese Erinnerungskultur muss von Staat und Zivilgesellschaft unterstützt und gestaltet  
1148 werden. Am wichtigsten ist dabei die Solidarität mit den Angehörigen und die Erinnerung an die  
1149 Opfer. Jede weitere Forderung nach der Umbenennung von Straßen, Gedenkveranstaltungen und  
1150 weiteren gedenk- und erinnerungskulturellen Anliegen sind darum zu unterstützen. Für das was  
1151 geschah gibt es kein Vergeben und kein Vergessen.

1152

### 1153 **Prozess**

1154

1155 Der Prozess gegen Beate Zschäpe und André Eminger, Holger Gerlach, Ralf Wohlleben und Carsten  
1156 Sch. begann am 6. Mai 2013 vor dem Oberlandesgericht (OLG) in München und endete nach fünf  
1157 Verhandlungsjahren mit dem Urteil 2018. Das OLG verurteilte Beate Zschäpe als Mittäterin unter  
1158 anderem wegen Mordes in zehn Fällen, versuchten Mordes in 23 Fällen und Mitgliedschaft in einer  
1159 terroristischen Vereinigung zu lebenslanger Freiheitsstrafe und stellte die besondere schwere der  
1160 Schuld fest. Doch dieser war durch die eingelegte Revision 2018 noch nicht rechtskräftig und auch  
1161 wenn mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes nächstes Jahr gerechnet werden kann, wird  
1162 relativ schnell klar, dass dies kein Schlussstrich sein darf.

1163

1164 Denn gleichzeitig werden Stimmen lauter, die auf fehlerhafte Herangehensweisen aus einer  
1165 antifaschistischen und betroffenen Perspektive sichtbar machen. Berechtigterweise steht der  
1166 Einwand im Raum, dass der Fokus allein auf das Trio und ihr nächstes Umfeld den  
1167 Netzwerkcharakter des Nationalsozialistischen Untergrundes nicht anerkennt. Dabei hat das Gericht  
1168 die Chance verpasst, aufzuzeigen, dass der NSU ganz eng mit den militanten Nazi-Strukturen wie  
1169 Blood and Honour, Kameradschaften und dem Thüringer Heimatschutz verbunden war. Die  
1170 Aufklärung wurde sogar gezielt unterbunden, indem der Nebenklage nicht die komplette  
1171 Akteneinsicht gewährt wurde und bei der Beweisaufnahme die ans Licht gebrachten Informationen  
1172 zu den Verbindungen zu Blood and Honour aus dem Urteil herausgehalten wurden. Zudem wurde

1173 ebenfalls die Rolle der Nachrichtendienste und der Polizei im Urteil nicht beleuchtet. Ebenfalls  
1174 wurde im Urteil rassistische Narrative aufgegriffen und all die Mordopfer des NSU werden in keinem  
1175 Satz als individuelle Menschen aufgeführt, sondern vielmehr nur mit rassistischen stereotypen  
1176 beschrieben. Weitere juristische Fehler versuchen die Anwält\*innen der Nebenklage seit Jahren  
1177 sichtbar zu machen, doch mit dem Urteil 2018 nahm das Gericht die Erfüllung ihrer Aufgabe an.  
1178 Doch dabei sind immer die Ziele eines Strafverfahrens im Hinterkopf zu behalten. Der Sinn und  
1179 Zweck des Strafverfahrens, dessen wesentlichen Punkte die Wahrheitsfindung, Rechtsstaatlichkeit  
1180 und Rechtsfrieden sind, wurde im NSU-Prozess vor allem durch die Nebenklage forciert und dies -  
1181 trotz - instabilen Rechtsposition der Nebenklage in einem Strafverfahren. Viele Punkte in dem  
1182 Prozess haben nur durch den Nachdruck der Nebenklage an Bedeutung gewonnen. Deshalb muss  
1183 es prozessual bedeuten, dass das Urteil niemals ein Schlusstrich sein kann und die Aufklärung auch  
1184 über das Urteil hinaus weitergehen muss. Dabei ist von großer Bedeutung, dass sämtliche Akten  
1185 zugänglich sein müssen!

1186

### 1187 **Forderungen**

1188

1189 - Wir fordern die Zerschlagung des NSU-Komplex! Um weitere Ermittlungsverfahren gegen Teile  
1190 des Komplexes zu ermöglichen, fordern wir die Freigabe, der vom VS zurückgehalten Akten, der  
1191 Gerichtsakten des OLG München, der Ermittlungsakten der Bundesanwaltschaft und die weitere  
1192 Untersuchung in den 13 Untersuchungsausschüssen der Landtage und des Bundestages.

1193

1194 - Die Ermittlungsverfahren und der Prozess fußen viel zu lange auf rassistischen Stereotypen. Der  
1195 Rassismus in den Ermittlungsbehörde hat das Täter\*innennetzwerk geschützt. Wir fordern eine  
1196 schonungslose Aufarbeitung in den Institutionen und ein Ende des Staatsrassismus.

1197

1198 - Das Urteil ist kein Schlusstrich! Wir wollen ein würdiges und öffentliches Gedenken an die Opfer  
1199 der NSU-Morde und gesellschaftliche Solidarität mit den Angehörigen und von Rassismus  
1200 Betroffenen. Die Stärkung der Erinnerungskultur ist dabei zivilgesellschaftliche und staatliche  
1201 Aufgabe zugleich.

1202

1203 - Verfassungsschutz abschaffen! Nicht nur, dass der VS mit der zweifelhaften V-Personen-Praxis  
1204 Neonazis und ihre Strukturen finanziell gestützt hat, der NSU hat auch deutlich gemacht, dass  
1205 auch ein großes Netzwerk an Informant\*innen schwere Straftaten nicht verhindern kann. Der  
1206 Verfassungsschutz hat in gänze versagt und die Verurteilung von Täter\*innen durch seine Politik  
1207 erschwert bis verhindert. Dieser Geheimdienst darf in dieser Form nicht Fortbestehen.

1208

## 1209 **A8 Die psychische Gesundheit muss politisch werden**

1210

1211

1212 Mentale Gesundheit war schon immer ein wichtiges Thema, das in den letzten Jahren verstärkt an  
1213 gesellschaftlicher Bedeutung gewann. Vor allem seit dem letzten Jahr taucht das Thema vermehrt  
1214 in Debatten und dem öffentlichen Diskurs auf. Dies lässt sich besonders auf die Corona Krise und  
1215 ihre Auswirkungen zurückführen. Durch die Corona-Pandemie leiden vermehrt und vor allem  
1216 (junge) Erwachsene an Angst, Depressionen oder Stress, so eine Studie der NAKO [1]. Auch starke  
1217 depressive Symptome sind mit der Pandemie um über 2% angestiegen. Isolation, Einsamkeit und  
1218 sozialer Rückzug gelten als Risikofaktoren für diverse psychische Erkrankungen und sind für viele  
1219 derzeit Alltag.

1220 Die Wichtigkeit Psychische Gesundheit auf die Agenda zu setzen war auch schon vor und ist nun  
1221 gerade durch die Pandemie enorm und es wird Zeit zu handeln und an den bestehenden  
1222 Verhältnissen zu rütteln.

1223

### 1224 **End the Stigma - Aufklärungsarbeit leisten**

1225 Auch trotz der sich zuspitzenden Situation wird das Thema psychische Gesundheit nach wie vor  
1226 gerne verschwiegen. Menschen mit psychischen Störungen sind auf vielen Ebenen und in vielen  
1227 Bereichen von Stigmatisierung betroffen. Stigmatisierung kann sich auf viele unterschiedlichen  
1228 Weise äußern und bezeichnet die Repräsentation von gesellschaftlich großflächig akzeptierten  
1229 Überzeugungen über bestimmte Personengruppen als "normabweichend". Unterschieden werden  
1230 kann hierbei zwischen interpersoneller Stigmatisierung, öffentlicher Stigmatisierung, struktureller  
1231 Diskriminierung und Selbststigmatisierung. Studien zeigen, dass sich die Haltung gegenüber  
1232 Menschen mit stark stigmabehafteten psychischen Erkrankungen (Schizophrenie, Alkoholismus)  
1233 von 1990 bis heute deutlich verschlechterte: Abwertende emotionale Reaktionen und der Wunsch  
1234 nach sozialer Distanzierung waren Entwicklungen in der Haltung gegenüber Menschen mit  
1235 psychischen Erkrankungen. Konsequenzen aus dieser Haltung drücken sich auch konkret in  
1236 Ansichten über mögliche Ressourcenverteilungen aus. Studienteilnehmer\*innen in Deutschland  
1237 gaben hierbei an, hohe Kosten in der Krankheitsversorgung vor allem bei den Diagnosen  
1238 Alkoholismus, Depression und Schizophrenie einsparen zu wollen. Aus einer langen Liste von  
1239 Diagnosen und Krankheitsbildern entschieden sich viele Menschen mehrheitlich für die Einsparung  
1240 im Bereich der psychischen Krankheiten.

1241 Folgen der Stigmatisierung sind dramatisch. Auf der individuellen Ebene resultieren aus Scham und  
1242 sozialem Rückzug der betroffenen Personen eine deutliche Erhöhung des Leidensdrucks. Eine  
1243 erfolgreiche Teilhabe der Betroffenen an der Gesellschaft wird verhindert, Stigmen wirken wie  
1244 "soziale Barrieren", die für viele unüberwindbar scheinen. Und Folgen von Stigmatisierung gehen  
1245 auch über die betroffenen Personen hinaus: Angehörige erleben sich selbst genauso am Rande der

1246 Gesellschaft und sind in ebenso relevanten Bereichen mit struktureller und gesellschaftlicher  
1247 Diskriminierung konfrontiert. Anti-Stigma Interventionen sind und  
1248 bleiben zentral und wichtig und ein Stigma-Abbau bleibt gesellschaftliche Aufgabe. Jedoch ist es  
1249 besonders im Kontext von struktureller Diskriminierung unabdingbar auf eine Veränderung eben  
1250 jener Strukturen hinzuwirken, die strukturelle Diskriminierung mittragen und akzeptieren. Die  
1251 Entstigmatisierung muss sowohl Aufgabe von Gesellschaft als auch Politik sein!  
1252 Daher ist für uns klar: Wir müssen psychische Erkrankungen und die mentale Gesundheit  
1253 thematisieren. Es muss öffentlich darüber gesprochen werden und es muss Aufklärungs- und  
1254 Bildungsarbeit geleistet werden. Nur so lassen sich Stigmen brechen, nur so wird Betroffenen ein  
1255 Weg geschaffen sich durch die ohnehin schon schwierige, krankheitsbedingte Situation nicht auch  
1256 noch einer Doppelbelastung durch gesellschaftliche Stigmen ausgesetzt zu sehen.  
1257 Als Jungsozialist\*innen stehen wir in der Verantwortung dieses Stigma zu brechen, wir stehen in der  
1258 Verantwortung öffentlich über eine Verbesserung der Therapieversorgungen zu debattieren, wir  
1259 stehen in der Verantwortung, dass die Möglichkeit eines Therapieplatzes garantiert sein muss,  
1260 unabhängig des Geldbeutels oder des sozialen Umfelds. Auch sind wir in der Verantwortung,  
1261 psychische Krankheiten in gesellschaftlichen, politischen Kontexten zu erfassen. Die kapitalistischen  
1262 Verhältnisse, ergo der Leistungsdruck und das „Funktionieren“, muss in Zusammenhang mit der  
1263 psychischen Gesundheit gebracht werden. Wir stehen in der Pflicht den Zusammenhang zwischen  
1264 Diskriminierungen und der psychischen Gesundheit zu erkennen.  
1265 Daher fordern wir:  
1266  
1267 - **Aufklärungsarbeit über psychische Krankheiten in sämtlichen Institutionen wie beispielsweise**  
1268 **der Schule**  
1269 - **Anti-Stigma Interventionen staatlich zu unterstützen und zu verstärken**  
1270  
1271 **Der Kapitalismus macht krank**  
1272 Häufig entstehen psychische Krankheiten aus dem Gefühl nicht gut genug zu sein. Nicht genug zu  
1273 erreichen. Nicht die geforderten Noten zu erbringen. Dieser Druck Leistungen zu erbringen, welcher  
1274 durch die kapitalistische Ausrichtung unserer Gesellschaft, vielen Menschen vom Kindesalter an  
1275 mitgegeben wird, führt oftmals zu viel Stress und einer starken psychischen Belastung. Diese zieht  
1276 sich häufig durch die Schule, ein mögliches Studium oder eine Ausbildung und durch das gesamte  
1277 Arbeitsleben. Es soll immer mehr und immer länger gearbeitet werden, hauptsache das Geld fließt  
1278 (aber natürlich nicht in die Taschen der Arbeiter\*innen). Es geht so weit, dass alles, das auf der To-  
1279 Do-Liste steht, seien es Überstunden oder der Kindergeburtstag, als Belastung wahrgenommen  
1280 wird. Alle Termine und Aufgaben nehmen somit die gleiche Form eines psychischen Drucks an. Hinzu  
1281 kommt eine ständige Erreichbarkeit von allen Seiten per E-Mail und Smartphone. Druck kommt  
1282 somit nicht nur aus der Arbeit heraus, sondern aus der kapitalistischen Gesellschaft als Ganzes. Das

1283 Problem dieser kapitalistischen Gesellschaft ist, wie der Soziologe Hartmut Rosa es beschreibt, dass  
1284 "Menschen heute das Gefühl haben, dass sie immer schneller laufen müssen, nur um stehen zu  
1285 bleiben"[2]. Menschen haben das Gefühl, egal wie effizient sie heute sind, morgen muss noch  
1286 effizienter gearbeitet werden. Burnout und Depression sind häufige Folgen eines solchen  
1287 jahrelangen Stresses. Dies führt in einen Kreislauf, denn leiden Eltern unter psychischen  
1288 Krankheiten, haben auch die Kinder eine erhöhte Wahrscheinlichkeit ebenfalls psychisch zu  
1289 erkranken [3]. Doch anstatt anzuerkennen, dass das eigene System Menschen an die Grenzen der  
1290 psychischen Belastbarkeit (und teils weit darüber hinaus) bringt, gibt es örtlich begrenzte Anzahlen  
1291 an Psychotherapeut\*innen, die Verträge mit den gesetzlichen Krankenkassen haben und somit bei  
1292 diesen abrechnen können. Der klägliche Versuch einer Verbesserung durch die Reform des  
1293 Psychotherapiegesetzes von 2017 scheiterte. Patient\*innen bekommen nun zwar schnell die  
1294 Möglichkeit eines Erstgesprächs, müssen nach diesem aber meist mehrere Monate, teilweise sogar  
1295 bis zu einem Jahr auf einen Therapieplatz warten. Dies führt häufig zu einem Resignationseffekt und  
1296 somit dazu, dass Menschen trotz akuter psychischer Belastungen das Warten auf einen  
1297 Therapieplatz aufgeben [4]. Deswegen fordern wir:

1298

- 1299 - **Eine Neuberechnung der Verhältniszahlen von Psychotherapeut\*innen pro Einwohner\*in**
- 1300 - **Anlaufstellen für Schüler\*innen und Studierende an Schulen und Universitäten mit**
- 1301 **ausgebildeten Psychotherapeut\*innen**
- 1302 - **ein Aufbrechen von kapitalistischen Strukturen und eine Entlastung von Arbeitnehmer\*innen**

1303

#### 1304 **Das deutsche Gesundheitssystem als Problem**

1305 Das deutsche Gesundheitssystem wurde, ganz im Sinne der "sozialen" Marktwirtschaft, in den  
1306 letzten Jahrzehnten durchökonomisiert. Dies geht einher mit einem großen Interesse an der  
1307 Ausdehnung seiner Dienstleistungen. Dazu gehört zum Beispiel die Verschreibung von  
1308 Medikamenten nach der Diagnose einer psychischen Krankheit. Eines der bekanntesten Beispiele  
1309 stellt die Verordnung von Antidepressiva dar. Das Verordnungsvolumen von Antidepressiva steigt  
1310 seit Jahren massiv [5, 6]. Hierfür können verschiedene Gründe angeführt werden: Zum einen kann  
1311 durch die Verschreibung eine schnelle Reaktion auf die Diagnose erfolgen. Auf der anderen Seite  
1312 soll durch eine Verschreibung von Medikamenten, die nicht immer therapeutisch notwendig sind,  
1313 auf die Dauer der eigentlichen Psychotherapie, eingewirkt und diese somit verkürzt werden. Lange  
1314 Therapien sind teuer und kosten die Krankenkassen viel Geld. Die Annahme, dass neben dem  
1315 Patient\*innenwohl kapitalistische Interessen Berücksichtigung finden, ist naheliegend. Es soll durch  
1316 eine Kombination aus Medikamenten und Therapie somit Geld eingespart und gleichzeitig durch die  
1317 Ausgabe der Medikamente verdient werden.

1318

1319 Wir fordern deshalb:

1320

1321 - Eine Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin durch die Abschaffung privater  
1322 Krankenversicherung und die Einführung einer Bürger\*innenversicherung

1323 - eine Finanzierung von Therapieplätzen mit ausreichender Dauer durch den Staat

1324 - Eine kostenlose Ausgabe von verschriebenen Medikamenten ohne Eigenbeteiligung der  
1325 Patient\*innen

1326

### 1327 Einbeziehung der Angehörigen

1328 Die Angehörigen von Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen in der Schaffung von  
1329 Therapieplätzen mitgedacht werden. Zum Beispiel bei Menschen mit einer Alkoholabhängigkeit  
1330 oder einer Depression, aber auch bei vielen anderen psychischen Erkrankungen, leiden die Familien  
1331 und Angehörigen stark, brauchen somit eigens für sie geschaffene Therapiemöglichkeiten. Gerade  
1332 Kinder psychisch kranker Eltern entwickeln häufig sogenannte Entwicklungstraumata, also  
1333 Traumata, die nicht von einem bestimmten Ereignis, sondern durch eine länger andauernde  
1334 traumatische Erfahrung ausgelöst werden. Hier muss angesetzt werden und es müssen die  
1335 Kapazitäten und die Awareness geschaffen werden, die Kinder, aber auch Angehörige im  
1336 Allgemeinen, brauchen, um zu lernen und zu unterstützen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen  
1337 werden, um zunächst über diese Belastungen für Angehörige aufzuklären und somit eine  
1338 Entstigmatisierung (zB durch Aufklärung in Bildungsinstitutionen) voranzutreiben. Es ist wichtig,  
1339 dass Menschen wissen, wie sie Anzeichen einer psychischen Erkrankung eines nahestehenden  
1340 Menschen erkennen, besser damit umgehen und Erkrankte unterstützen können. Auch sollten zum  
1341 Beispiel Alarmzeichen von suizidgefährdeten Menschen bekannt sein. Zudem müssen Beratungs-  
1342 und Unterstützungsangebote für Angehörige ausgebaut werden.

1343 Das bedeutet:

1344

1345 - Schaffung und Erweiterung von Beratungsangeboten für Angehörige

1346 - Staatliche Unterstützung von Institutionen wie der Deutschen Depressionshilfe oder der  
1347 Deutschen DepressionsLiga

1348 - Aufklärung in Schulen über psychische Krankheiten und den Umgang mit dieser Krankheit bei  
1349 Angehörigen

1350

### 1351 Psychotherapeut\*innen in Ausbeutung

1352 5 Jahre Studium, 3-7 Jahre Psychotherapieausbildung. Kostenpunkt: 25.000- 30.000 Euro,  
1353 Zulassungsvoraussetzungen für das Studium erfordern einen NC von 1.0-1.2. Wieso wird ein  
1354 Studiengang, dessen häufig gewähltes Abschlussziel der Psychotherapie dringend benötigte  
1355 Kapazitäten auffüllen soll, dermaßen exklusiv und schwierig gestaltet? Die circa zehn Jahre bis zum

1356 Berufseinstieg gehen für viele Studierende mit hoher Verschuldung einher. Das durchschnittliche  
1357 Gehalt von

1358

1359 Psychotherapeut\*innen in Ausbildung liegt weit unter Mindestlohn - arbeiten müssen sie jedoch  
1360 wie eine vollwertige Arbeitskraft. In vielen Ausbildungsinstituten sind sie sogar unabdingbar, um  
1361 den Tagesbetrieb aufrecht zu erhalten. Nicht umsonst wurden die Stimmen rund um eine Reform  
1362 des Studiengangs "Psychologie" in den letzten Jahren immer lauter. 2020 kam diese Reform dann  
1363 und enttäuschte Erwartungen auf allen Ebenen. Anstatt die Struktur und Bezahlung der Ausbildung  
1364 zu verbessern präsentierte die Bundesregierung ihre Universallösung: "Psychotherapie" als  
1365 eigenständiger Studiengang. Doch das alte Ausbildungssystem bleibt bestehen und alle, die in  
1366 diesem studieren, mit all seinen Ungerechtigkeiten und Ausbeutungen konfrontiert. Aus  
1367 Psychotherapeut\*innen in Ausbildung werden Psychotherapeut\*innen in Ausbeutung - Und die  
1368 Bundesregierung bedenkt genau diese in ihrer Reform nicht mit.  
1369 Die Reform ist ein Paradebeispiel für eine Umsetzung der Bundesregierung, die ungeklärte  
1370 Finanzfragen mehr gewichtet als dem Bedarf an Psychotherapeut\*innen adäquat  
1371 entgegenzukommen und in ihrem Doppelauftrag kläglich versagte. Die 2020 vorgestellte Reform  
1372 der Bundesregierung muss in jedem Fall nachgebessert werden und auf die Perspektive des "alten"  
1373 Ausbildungssystem ausgeweitet werden. Deswegen fordern wir:

1374

- 1375 - **eine Stärkung des alten Ausbildungssystems, welche mit einer angemessenen Bezahlung,**
- 1376 **klaren sozialrechtlichen Regelungen und angemessenen Zugangsvoraussetzungen einhergeht,**
- 1377 **damit das Abschlussziel Psychotherapie nicht nur privilegierten Studierende vorbehalten ist**
- 1378 - **transparentere Regelungen in Bezug auf Veränderungen für Studierende im "alten**
- 1379 **Ausbildungssystem"**
- 1380 - **Maßnahmen zur Verhinderung von Engpässen bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen**
- 1381 **für Psychotherapeut\*innen**
- 1382 - **großzügigere Übergangsregelungen für Studierende des "alten Systems", damit auch**
- 1383 **Studierende mit Kindern oder Angehörigen, die gepflegt werden, Migrant\*innen, chronisch**
- 1384 **Kranke oder Studierende, die auf die eigene Erwerbstätigkeit angewiesen sind, ihr**
- 1385 **Abschlussziel erreichen können; auch im Hinblick auf veränderte Studiumsbedingungen durch**
- 1386 **die Corona-Pandemie**
- 1387 - **einen einfachen Wechsel für Studierende des "alten Systems" in den neuen einschlägigen**
- 1388 **Psychotherapie-Studiengang**

1389

1390 Eine Umsetzung dieser Forderungen ist unabdingbar, wenn dem steigenden Bedarf an  
1391 Psychotherapeut\*innen nachgekommen werden soll. Anti-Stigma Interventionen und  
1392 Aufklärungsarbeit bezüglich psychischer Krankheiten können nicht umgesetzt werden, so lange

1393 nicht die Kapazitäten der Psychotherapie erhöht werden. Diese Kapazitäten können nur realisiert  
1394 werden, indem der Studiums-/Bildungsweg für angehende Psychotherapeut\*innen realistisch und  
1395 umsetzbar gestaltet wird. Durchschnittliche 20 Wochen Wartezeit auf einen Therapieplatz sind  
1396 deutlich zu viel und gerade für Menschen in akuten Phasen kaum aushaltbar.

1397

### 1398 **Jetzt oder nie! Ein System unter Druck**

1399 Seit März 2020 bestimmt die Corona Pandemie den Alltag (fast) aller Menschen. Man kann von einer  
1400 Krise auf allen Ebenen sprechen, für viele Menschen auch eine psychische Krise. Daten rund um  
1401 Depressionen und Angststörungen zeigen eine Verdoppelung teilweise sogar Verdreifachung der  
1402 dazugehörigen Symptomatiken. Mehr Druck im psychotherapeutischen Versorgungssystem kann es  
1403 nicht mehr geben, doch der Druck liegt in einem System, welches durch fehlende Kapazitäten  
1404 gekennzeichnet ist. Dieser Druck muss jetzt genutzt werden, damit auf allen politische Ebenen Wege  
1405 bereitet werden, damit Menschen endlich ausreichend Zugang zu psychotherapeutischer  
1406 Versorgung erhalten.

1407

### 1408 **Grund zum ausRASTEN: Kassenplätze müssen her/ Nein zu Rastern, Ja zu Kassenplätzen**

1409 Auch wenn der absurde Antrag der Rasterpsychotherapie bereits erfolgreich verhindert werden  
1410 konnte, gilt es deutlich festzustellen: statt Verwaltungsvorgänge umzustrukturieren, müssen  
1411 dringend benötigte Kapazitäten in der psychotherapeutischen Versorgung freigemacht werden.  
1412 Bisherige Reformen brachten keine wirkliche Verbesserung der Situation. Denn was bringt es  
1413 Menschen in akuten Krisen nur Ersttermine zu bekommen, ohne jedoch Aussicht auf einen  
1414 zeitnahen festen Therapieplatz zu haben. Deswegen fordern wir:

1415

1416 - **Übernahme einer Psychotherapie bei privaten Praxen durch die gesetzlichen**  
1417 **Krankenversicherungen, ohne bürokratischen Aufwand**

1418 - **eine aktualisierte Bedarfsplanung, die Ereignisse wie die Corona Pandemie mitberücksichtigt**  
1419 **und auffängt**

1420 - **Dauerhaftes Monitoring von Bedarfsplanungen**

1421

### 1422 **Psychische Gesundheit und die LGBTQIA+ Community**

1423 Auch innerhalb der LGBTQIA+ Community spielen psychische Erkrankungen eine große Rolle. Diese  
1424 sind meist Auswirkungen von Mobbing, Ausgrenzung und Diskriminierung. Laut einer Studie des  
1425 Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wurden diese Probleme noch durch die Isolation und  
1426 Einsamkeit im Lockdown verstärkt. 1/4 der queeren Befragten gab an im Leben schon eine  
1427 depressive Erkrankung gehabt zu haben, bei heterosexuellen cis-Personen sind es hingegen "nur"  
1428 10%.

1429 Besonders trans Personen leiden unter der gesellschaftlichen Ablehnung und ihren Folgen. 39% der

1430 befragten trans Personen gaben an unter Angststörungen zu leiden. Hilfe war in den vergangenen  
1431 Monaten der Pandemie für viele der Betroffenen nicht greifbar. Beratungsangebote fanden nur  
1432 online statt, oder fielen gänzlich aus. Psychotherapien sind vollkommen überlaufen und können  
1433 demnach keine akute Hilfe bieten. Das Gesundheitssystem ändern, heißt auch den vulnerabelsten  
1434 Gruppen in unserer Gesellschaft Schutz und Hilfe zu bieten. Das heißt konkret:

1435

- 1436 - **Mehr gruppenspezifische Therapieplätze**
- 1437 - **ausreichende Therapiedauer**
- 1438 - **ein hürdenfreierer Zugang zu therapeutischen Maßnahmen.**

1439

#### 1440 **Quellen**

1441 [1] [https://www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/nako-gesundheitsstudie- starkere-psychische-](https://www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/nako-gesundheitsstudie-starkere-psychische-belastung-durch-corona-pandemie-12564.php)  
1442 [belastung-durch-corona-pandemie-12564.php](https://www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/nako-gesundheitsstudie-starkere-psychische-belastung-durch-corona-pandemie-12564.php)

1443 [2] [https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/streitgesprach-macht- der-](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/streitgesprach-macht-der-kapitalismus-uns-krank-14308832.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)  
1444 [kapitalismus-uns-krank-14308832.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/streitgesprach-macht-der-kapitalismus-uns-krank-14308832.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

1445 [3] <https://www.aerzteblatt.de/archiv/60391/Kinder-psychisch-kranker-Eltern>

1446 [4] [https://www.swr.de/wissen/langes-warten-auf-psychotherapieplatz/-](https://www.swr.de/wissen/langes-warten-auf-psychotherapieplatz/-/id=253126/did=21162748/nid=253126/15r1s33/index.html)  
1447 [/id=253126/did=21162748/nid=253126/15r1s33/index.html](https://www.swr.de/wissen/langes-warten-auf-psychotherapieplatz/-/id=253126/did=21162748/nid=253126/15r1s33/index.html)

1448 [5] [https://www.tk.de/resource/blob/2083022/f7a4d70c6e98e6c4a5a474917944fe57/ge](https://www.tk.de/resource/blob/2083022/f7a4d70c6e98e6c4a5a474917944fe57/gesundheitsreport-arzneimittelverordnungen-2020-data.pdf)  
1449 [sundheitsreport-arzneimittelverordnungen-2020-data.pdf](https://www.tk.de/resource/blob/2083022/f7a4d70c6e98e6c4a5a474917944fe57/gesundheitsreport-arzneimittelverordnungen-2020-data.pdf)

1450 [6]

1451 [https://www.tk.de/resource/bl](https://www.tk.de/resource/blob/2034314/6b82bfb5c474032a37979d751121797c/gesundheitsreport-2011-data.pdf) [ob/2034314/6b82bfb5c474032a37979d751121797c/g](https://www.tk.de/resource/blob/2034314/6b82bfb5c474032a37979d751121797c/gesundheitsreport-2011-data.pdf)  
1452 [esundheitsreport-2011-data.pdf](https://www.tk.de/resource/blob/2034314/6b82bfb5c474032a37979d751121797c/gesundheitsreport-2011-data.pdf)

1453 [7] [https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/124048/Corona-und-Psyche-Experten- mahnen-](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/124048/Corona-und-Psyche-Experten-mahnen-junge-Menschen-besonders-zu-unterstuetzen)  
1454 [junge-Menschen-besonders-zu-unterstuetzen](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/124048/Corona-und-Psyche-Experten-mahnen-junge-Menschen-besonders-zu-unterstuetzen)

1455